

# Dokumentation

## Europäische Konferenz „Gegen den Krieg – Gegen den sozialen Krieg!“

Online-Konferenz am 8. Juli 2023  
Reden und Grußadressen

Wir, politische und gewerkschaftliche  
Aktivisten des Widerstandskampfes,

- Unterzeichner des „Manifests für Frieden“, initiiert von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer;
- Unterzeichner des europäischen Aufrufs „Stopp dem Krieg“, der von Aktivisten aus 17 europäischen Ländern unterschrieben wurde;
- Unterzeichner des Aufrufs „Gewerkschafter\*innen sagen Nein zum Krieg“;
- Kolleginnen und Kollegen aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Island, Norwegen, Österreich, Portugal, Rumänien, Schweden, der Schweiz, Serbien und Spanien

engagieren uns für:

- den sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen!
- Nein zu Waffenlieferungen!
- Nein zu Rüstungs- und Kriegshaushalten!
- Aufhebung der Sanktionen!
- Weder NATO noch Putin!
- Nein zu Hunderten Milliarden starken Kriegshaushalten! Milliarden für Krankenhäuser, Schulen, Kommunen...!
- Für die Verteidigung des Reallohns! Allgemeiner Preisstopp!

Wir alle haben in unseren Ländern die Erfahrung gemacht: eine Lösung wird nur durch den Widerstand der Arbeiter und Völker gegen die kriegstreibende und sozialzerstörerische Politik der jeweiligen Regierung geschaffen.

Um an die Worte von Karl Liebknecht zu erinnern: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“



1. Mai 2023, Frankfurt/M.

8 July 2023 European Conference

Against war, against social war

8. Juli 2023 Europäische Konferenz

Gegen den Krieg, gegen den sozialen Krieg

8 juillet 2023 Conférence européenne

Contre la guerre, contre la guerre sociale

8 de julio de 2023 Conferencia Europea

Contra la guerra, contra la guerra social



„Aufstand für Frieden“ am 25. Februar 2023: 50.000 vor dem Brandenburger Tor in Berlin

Spendenpreis: 5 Euro

<https://gegendenkrieg-gegendensozialenkrieg.info/>

# Inhaltsverzeichnis

Bericht	3
Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Redebeiträgen und Grußadressen	4
Einleitender Beitrag von Gotthard Krupp, Mitinitiator der Europäischen Konferenz	5
Reden und Grußadressen - in der Reihenfolge der Vorträge auf der Konferenz	7
Schlusswort von Carla Boulboullé, Mitinitiator der Europäischen Konferenz	34
Internet-Links zu Dokumenten	35
Aufruf „Gewerkschafter sagen: Nein zum Krieg – Nein zum sozialen Krieg gegen den Sozialstaat“	36

## Koordination

Folgende Mitglieder gehören der **Koordination Europäische Konferenz „Gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“** an (die Angaben in Klammern dienen lediglich der Information):

**Gotthard Krupp** (ver.di, Mitglied im Landesbezirksvorstand Berlin-Brandenburg, Arbeitskreis für unabhängige Arbeitnehmerpolitik)

**Carla Boulboullé** (Redaktion *Soziale Politik & Demokratie*)

**Harri Grünberg** (Vorstand Trägerkreis *aufstehen*)

**Andrej Hunko** (Mitglied des Deutschen Bundestages, DIE LINKE)

**Andreas Grünwald** (Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.)

**Kathrin Otte** (Koordination des Kongresses „Was Tun?!“)

**Marcus Staiger** (Aktivist/Publizist; Bündnis *Heizung, Brot und Frieden* Berlin)

**Andreas Kutsche** (Bündnis für Frieden, Brandenburg an der Havel, Betriebsrat, ver.di)

**Michael Altmann** (Initiative „Gewerkschafter sagen Nein zum Krieg“, ver.di, Mitglied im Landesbezirksvorstand Hessen)

**Evelin Genzel** (Bündnis *Heizung, Brot und Frieden* Berlin, Sammlungsbewegung *aufstehen*)

### Impressum

Die Redaktion der Zeitschrift *Soziale Politik & Demokratie* hat die Verantwortung für die Herausgabe dieser Dokumentation in Zusammenarbeit mit der deutschen Koordination übernommen.

#### Kontakt und Bestellungen an

Gotthard Krupp (V.i.S.d.P.), Postfach 120 364, 10593 Berlin | Fax: 030 / 313 16 62

E-Mail: [GotthardKrupp@t-online.de](mailto:GotthardKrupp@t-online.de)

#### Konto für Bestellungen der Broschüre und Spenden für die Veröffentlichung:

C. Boulboullé, Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00), Kontonummer: 5629 455 002, Kennwort: „8. Juli 2023“

IBAN: DE42 1009 0000 5629 4550 02, BIC: BEVODE33

#### Hinweis

Alle Angaben zu Organisationen und Funktionen der Personen, die mit ihren Beiträgen auf und für die Veranstaltung beigetragen haben, dienen lediglich der Information.

#### Fotos

Fotos der Hybrid-Versammlung und von Demonstrationen wurden von Korrespondent\*innen erstellt.

#### Dank

Besonderer Dank geht an die Übersetzerinnen und Übersetzer, die Kolleginnen und Kollegen der Technik und an die *Naturfreunde*, die zur Unterstützung der Konferenz den Raum für die Hybrid-Versammlung in Berlin zur Verfügung gestellt haben.

8. Juli 2023 - per Video

Bericht

## Europäische Konferenz „Gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“

Am 8. Juli trafen sich Kolleginnen und Kollegen, engagierte Kräfte des Widerstands gegen den Krieg in einer Video-Konferenz: Es lagen über 100 Anmeldungen aus Deutschland u.a. von Gewerkschafter\*innen, von Gruppen von der Sammlungsbewegung *aufstehen*, der Koordination „Was Tun“ und Gruppen der Friedensbewegung vor, sowie Anmeldungen bzw. Grußadressen zur Unterstützung der Konferenz aus 14 weiteren Ländern, aus Italien, Spanien, Frankreich, Belgien, Rumänien, Portugal, Griechenland, Norwegen, Serbien, Schweiz, Island, Schweden, Dänemark und Österreich. In Spanien trafen sich Kolleginnen und Kollegen in Versammlungen in Gewerkschaftshäusern, um gemeinsam an der Konferenz teilzunehmen. In Deutschland wurde u.a. in Berlin, Frankfurt am Main und Baden-Württemberg zu hybriden Veranstaltungen eingeladen. Auch in anderen Ländern gab es hybride Versammlungen.

Die Einladung für die europäische Konferenz ging zurück auf den Vorschlag der Veranstaltung „gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“ am 4. März 2023 in Berlin, an der 150 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen hatten.

In der Diskussion am 8. Juli stand die Frage im Zentrum, wie die Widerstandskräfte auf europäischer Ebene eine Verbindung der Widerstandskräfte schaffen können, um ihre Erfahrungen auszutauschen und zu diskutieren, wie der Kampf gegen die Kriegspolitik der Regierungen in jedem Land gegenseitig unterstützt und gestärkt werden kann – in einer Situation, in der die Regierungen die Völker und die Arbeitnehmer immer tiefer in eine militärische Eskalation treiben wollen.

Mit über 30 Beiträgen wurde die Diskussion sehr solidarisch und unter gegenseitiger Respektierung unterschiedlicher politischer Herkunft geführt. Ein besonderer Dank der Konferenz galt Sahra Wagenknecht, Sevim Dagdelen, sowie Ögmundur Jonasson (Kämpfer gegen den Krieg) aus Island und Ratibor Trivunac (anarchosyndikalistischer Aktivist) aus Serbien, die Beiträge für diese Konferenz als Video-Aufnahmen geschickt haben, die eingespielt wurden.

Es lag eine Abschlusserklärung vor, die ausgehend von der Einladung diese durch drei konkrete Vorschläge ergänzt hat:

1. Die Beiträge und Grußadressen der europäischen Konferenz werden in einer **Dokumentation** veröffentlicht.
2. Es soll eine europäische **Präsenz-Konferenz** „gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“ in Berlin vorbereitet werden.
3. Die Teilnehmer\*innen setzen sich das Ziel, ein europäisches **Verbindungskomitee** „gegen den Krieg – gegen

den sozialen Krieg“ zu schaffen. Ein erstes Treffen per Video könnte im September stattfinden.

„Wir haben keine Zeit“, hat ein Kollege gewarnt.

Sie treiben die Eskalation dieses Kriegs immer weiter voran (Lieferung von Streubomben durch die USA; Plan der Aufnahme der Ukraine in die Nato) bis hin zur Gefahr eines nuklearen Holocaust, so die in mehreren Beiträgen geäußerte Sorge.

In seiner Einführung hat Gotthard Krupp die Frage aufgeworfen, was bei diesem Treffen auf dem Spiel steht: „*Es ist von größter Dringlichkeit, dass die Widerstandskräfte ihre Erfahrungen austauschen und diskutieren, wie ihre Verbindung auf europäischer Ebene gefördert werden kann; wie sie sich in einem Netzwerk auf europäischer Ebene organisieren können.*“

Alle Redner\*innen waren sich des Ernstes der Lage bewusst: „*Die gegenwärtige Weltlage hat viele Ähnlichkeiten mit der Situation kurz vor dem Ersten Weltkrieg*“, so Marielle Leerand aus Norwegen.

Alle Beiträge haben eindrucksvoll dokumentiert, dass diese militärische Gewaltspirale, begleitet wird von zunehmenden Unterdrückungsmaßnahmen gegen das eigene Volk, um die Verschärfung der Angriffe auf alle erkämpften sozialen Erregenschaften zu erzwingen. Es ist die arbeitende Bevölkerung, die für Krieg und Krise zahlen soll.

Die Teilnehmer\*innen waren sich einig in der Verteidigung der Forderungen für:

- den sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen!
- Nein zu Waffenlieferungen!
- Aufhebung der Sanktionen!
- Weder Nato noch Putin!
- Nein zu Hunderten Milliarden starken Kriegshaushalten! Milliarden für Krankenhäuser, Schulen, Kommunen... Für die Verteidigung des Reallohns! Allgemeiner Preisstopp!

Wie Rosa Luxemburg schon angesichts des bevorstehenden 1. Weltkriegs gesagt hat: Nur die Arbeitermassen können den Rüstungswahnsinn und die Kriegssorgie stoppen..

Carla Boulboullé  
Mitinitiatorin der Europäischen Konferenz (per Video)  
vom 8. Juli 2023

Die Dokumente der Europäischen Online-Konferenz im Internet:

<https://gegendenkrieg-gegendensozialenkrieg.info/>

# Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Redebeiträgen und Grußadressen

An der Online-Konferenz nahmen Kolleginnen und Kollegen aus 15 europäischen Ländern teil, entweder individuell oder in sogenannten Hybrid-Versammlungen, um gemeinsam an der Videokonferenz teilzunehmen (zum Beispiel in mehreren Städten jeweils in Deutschland und in Spanien).

Die folgende Liste enthält die Teilnehmer\*innen, die während der Videokonferenz gesprochen haben oder deren Grußadressen als Video-Botschaften zu sehen waren bzw. – sofern sie in schriftlicher Form vorlagen – in Auszügen verlesen wurden. Darüber hinaus gab es eine Reihe von Unterstützungsbeiträgen, die ebenfalls in dieser Dokumentation veröffentlicht werden.

**Hinweis:** Die Angaben in Klammern dienen lediglich der Information.

## Deutschland

- Gotthard Krupp (Mitglied im ver.di Landesbezirksvorstand Berlin-Brandenburg)
- Kathrin Otte (Koordination *Was Tun?!*)
- Harri Grünberg (Trägerkreis *aufstehen*)
- Marcus Staiger (*Heizung, Brot und Frieden* Berlin)
- Andreas Kutsche (*Bündnis für Frieden*, Brandenburg an der Havel, ver.di, Betriebsrat)
- Britta Brandau (Gewerkschaftsverantwortliche, Hessen, Die Linke)
- Michael Altmann (für die Initiative „Gewerkschafter sagen Nein zum Krieg“)
- Joscha Mecke (Mitglied im Bundesvorstand der SDAJ)
- Alexander King (Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus, Die Linke)
- Andrej Hunko (Mitglied des Bundestages, Die Linke)
- Carla Boulboullé (Redaktion *Soziale Politik und Demokratie*, ehem. MdL)
- *Grußadresse in schriftlicher Form:* Robert Weißenbrunner (1. Bevollmächtigter der IG Metall Hanau-Fulda)
- *Grußadresse als Video-Botschaft:* Sevim Dagdelen (Mitglied des Bundestages, Die Linke)
- *Grußadresse als Video-Botschaft:* Sahra Wagenknecht (Mitglied des Bundestages, Die Linke)

## Belgien

- Ludo de Brabander (Sprecher der Initiative Abrüstung für Entwicklung, VREDE)

## Dänemark

- *Grußbotschaft in schriftlicher Form* von Lehrkräften, Studenten, Abgeordneten...

## Frankreich

- Jérôme Legavre (Abgeordneter der LFI, POI)
- François Livartovsky (CGT-Gewerkschafter)
- Pierre Bonnier (Student aus Nanterre)

## Griechenland

- Lida Dodou (Stadtverordnete, NAR, Neue Linke Strömung)
- Evangelia Sotiropoulou (Anti-Nato-Aktion)

## Italien

- José Nivoi (Sprecher des autonomen Hafendarbeiterkollektivs von Genua, CALP)
- Maurizio Coppola (*Potere al Popolo, Die Macht dem Volk*)
- Dario Oropallo (Anti-Nato-Bewegung und Arbeitsloseninitiative, Neapel)

## Island

- *Grußadresse als Video-Botschaft:* Ögmundur Jonasson (Vorsitzender der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes 1988-2009; Links-grüne Bewegung)

## Norwegen

- Marielle Leraand (Fred og Rettferdighet, Initiative Frieden und Gerechtigkeit, ehem. Vizepräsidentin der Roten Partei, Rødt)

## Österreich

- *Grußbotschaft in schriftlicher Form* von Franz Koskarti und Axel Magnus (Verantwortliche Gewerkschafter)

## Portugal

- Pedro Soares (ehem. Abgeordneter des *Bloco de Esquerda*, Block der Linken)

## Rumänien

- Popescu Mugurel (Verantwortlicher der Hochschulgewerkschaft)

## Schweden

- *Grußbotschaft in schriftlicher Form* von Marcus Carlstedt (Gewerkschaftsdelegierter)

## Schweiz

- Beppe Savary Borioli (Alternatives Forum, Regional-Abgeordneter)

## Serbien

- *Grußadresse als Video-Botschaft:* Ratibor Trivunac (Anarchosyndikalistischer und antimilitaristischer Aktivist)

## Spanischer Staat

- Pablo Garcia Cano (Verantwortlicher des Gewerkschaftsbundes CCOO)



# Einleitender Beitrag von Gotthard Krupp

## Mitinitiator der Europäischen Konferenz Mitglied im ver.di Landesbezirksvorstand Berlin-Brandenburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Carla hat [in ihrer Eröffnung der Videokonferenz] auf die große Resonanz hingewiesen, auf die unsere Initiative für eine Europäische Konferenz „gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“ in 14 europäischen Ländern gestoßen ist, für die heutige europäische video-Konferenz, als auch eine Präsenzkonferenz im Winter oder Anfang 2024.

Ich danke allen, die mit ihren Beiträgen und Grußadressen diese Konferenz unterstützt haben. In meinen folgenden Einführungen sind Gedanken, die von Euch entwickelt wurden, eingeflossen.

Sie sind Ausdruck für die wachsende Widerstandsbewegung der Arbeiterschaft und Völker, während die NATO und die Regierungen in Europa, unter dem Kommando der US-Regierung, den Krieg in Europa auf eine neue Stufe der Eskalation treiben.

Der NATO-Gipfel in Vilnius ist ganz darauf ausgerichtet, den Krieg gegen Russland durch immer massivere militärische Aufrüstung der Ukraine weiter anheizen.

Der Generalsekretär der NATO, Stoltenberg sagt es glasklar: „*For as long as it takes.*“

So sieht zum Beispiel der Plan der deutschen Regierung unter Scholz zur weiteren Stärkung der NATO-Ostflanke eine dauerhafte Stationierung einer robusten Kampftruppenbrigade von 4.000-5.000 Soldaten in Litauen vor.

Vom 12.-23. Juni wurde in Deutschland mit Air Defender 23 die größte Luftwaffenübung der NATO aller Zeiten absolviert. Damit unterstreicht Scholz den Anspruch Deutschlands auf die militärische Führungsrolle für die NATO in Europa.

Die spanischen Kollegen warnen zu Recht: „*Die Erhöhung der Militärausgaben aller europäischen Regierungen ist brutal.*“

Die Außenminister der Mitgliedstaaten der EU haben beschlossen, die Finanzmittel für die Lieferung von Waffen und Ausrüstung an die Ukraine und andere Partnerländer um weitere 3,5 Milliarden Euro aufzustocken. Es steht die Forderung im Raum: Deutliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf eine NATO-Zielvorgabe von 2,5 Prozent des BIP jährlich, zwei Prozent wären demnach die neue Untergrenze. Für Deutschland heißt das: Erhöhung des Rüstungshaushalts von 52 Mrd. auf zukünftig über 80 Mrd. bei 2%.

Immer gewaltigere Milliardensummen fließen zur Finanzierung von Waffenlieferungen an die Ukraine und an das Herrschaftssystem Selenskyjs. Und man muss es so sagen: Sie fließen an einen Oligarchenclan, der auf der Grundlage der Plünderung des Volkes gigantische private Vermögen anhäuft, und deren Verwaltung dem Finanzmarktkonzernen BlackRock anvertraut hat.

Und Putin? Er steht nicht für die Verteidigung des Volkes, sondern ebenfalls an der Spitze einer Oligarchie, die die Bodenschätze und Rohstoffe für ihre private Bereicherung ausbeutet.

Tag für Tag sterben Hunderte Russen und Ukrainer in diesen Kämpfen. Jeden Tag sterben auf russischer oder ukrainischer Seite Zivilisten unter den Bomben.

Es ist nicht der Krieg des ukrainischen, des russischen oder anderer Völker. Es sind die kriegstreibenden Regierungen unter US-Kommando, die alle europäischen Länder immer tiefer in diesen Krieg hineinziehen.

Und es geht nicht um „*westliche Werte*“ wie Freiheit und Demokratie. US-Präsident Biden steht für die Interesse der US-Konzernmultis; sie wollen die Kontrolle über die wertvollen Rohstoffe, Getreide und Bodenschätze sowie über die Öl- und Gaspipelines.

Kriegsprofiteure sind in allen Ländern vor allem die Rüstungskonzerne, denen der Krieg Abermilliarden Gewinne garantiert.

Dazu sagen wir Nein.

Die Mehrheit der Bevölkerung sagt Nein zur Ausweitung des Kriegs. Sie erheben sich gegen die Regierungen, die den Planeten mit einem dritten Weltkrieg bedrohen.

Die Demonstranten fordern: einen Waffenstillstand sofort.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Die gefährliche Spirale der Eskalation spornt uns an in unserem Kampf gegen den Krieg und den sozialen Krieg im eigenen Land.

Dazu NATO-Generalsekretär Stoltenberg: „*Wenn sie mehr für Verteidigung ausgeben, ist weniger für Gesundheit, Bildung u.a. da.*“

Eine Erkenntnis, die sich Scholz, wie er stolz verkündet: „*zu 100 % zu eigen*“ macht.

Zur Politik der Regierung gehört, dass die gesamte Wirtschaft den Anforderungen des Kriegs unterworfen wird. Der deutsche Bundeshaushalt muss zum Kriegshaushalt mutieren. Alle Ministerien werden von Finanzminister Lindner aufgefordert, ihre Ausgaben zu kürzen – mit Ausnahme des Kriegsministeriums.

Infolge des Wirtschaftskrieges, den Biden gegen Europa und dessen führende Industriemacht, Deutschland, u.a. mit der Sanktionspolitik gegen Russland, entfesselt hat, hat Deutschland eine Welle der Deindustrialisierung erfasst. Fast jeder 6. Industriebetrieb in Deutschland verlagert seine Produktion und Arbeitsplätze ins Ausland, weil er die hohen Kosten der Energie nicht finanzieren kann. Betroffen sind gerade auch Handwerksbetriebe und kleinere Unternehmen, die nicht die milliardenschweren Subventionen der Bundesregierung erhalten.

Inflation und Verteuerung, u.a. Folgen der Sanktionspolitik, verlangen die Verschärfung der Kaputtsparpolitik gegen den Sozialstaat. Sie verordnen Reallohnkürzungen, über 1.000 Krankenhäuser sollen geschlossen werden, es gibt einen Kahlschlag gegen die Schulen und Kommunen.... Kinderarmut breitet sich aus...

Ihre Politik provoziert Widerstand, Massendemos gegen den Krieg „*für Waffenstillstand, Verhandlungen und Stopp der Sanktionspolitik*“, größte Streikbewegungen im öffentlichen Dienst... Demonstrationen und Kämpfe an den Krankenhäusern, den Schulen...

Deutschland nenne ich hier nur als ein Beispiel für die enge Verbindung des militärischen Kriegs mit dem sozialen Krieg gegen das Volk.

Ihr alle kennt die Bilder der Massenerhebungen gegen die

Rentenreform Macrons in Frankreich und jetzt der Jugend, der die Bildung, die Zukunft geraubt wird. Jeder sechste hat nicht genug zu essen, wie die Kollegen aus Frankreich berichten.

Aus Rumänien berichtet der Kollege, dass als Antwort auf die durch den Krieg verursachte Inflation große Protestbewegungen im Gesundheits-, Bildungsbereich und bei der Eisenbahn das Land erschüttert haben.

Kollegen aus Dänemark schreiben, dass sich ihr Land „langsam, aber sicher von einem sogenannten Wohlfahrtsstaat zu einem militärischen Kriegsstaat wandelt“.

Und das, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ist unsere gemeinsame Erfahrung:

Nahezu alle Parteien, auch die, die sich auf die Vertretung der Interessen der Arbeiterbewegung berufen, ordnen sich dieser Kriegspolitik unter. Mit ihnen prallen die Kämpfe, Demonstrationen, die wachsenden Widerstandsbewegungen zusammen.

Die kriegstreibende und sozialzerstörerische Politik der Regierungen trifft auf eine wachsende Ablehnung. Die Wut der gesellschaftlichen Mehrheit schafft sich Ausdruck auf Wahlebene über die Proteststimmen für rechtsextreme Parteien, wie die AfD in Deutschland, die jetzt mit 19 % in den Umfragen gleichauf mit der SPD liegt (3. Juli). Weil diese sich gegenüber den etablierten Parteien – demagogisch – als einzige Partei gegen den Krieg und Waffenlieferungen an die Ukraine ausspricht.

Ihr kennt sicher alle den Beschluss des Parteivorstandes der Partei Die Linke, Sahra Wagenknecht aufzufordern, ihr Bundestagsmandat niederzulegen.

Sahra Wagenknecht gehört in Deutschland zu den konsequentesten Stimmen gegen den Krieg – für den Frieden, für Waffenstillstand und Verhandlungen. Sie hat es gewagt, diese Stimme auch im Bundestag gegen die Kriegs- und Sanktionspolitik der Regierung Scholz zu erheben.

Der Beschluss des Parteivorstandes der Linken hat das Ziel, diese Stimme gegen den Krieg zu ersticken.

Wir sagen: Nicht Sahra Wagenknecht, sowie auch andere Abgeordnete, die ihre Stimme gegen den Krieg erheben, verletzen ihr Mandat als Abgeordnete – Nein, sie nehmen ihr Mandat wahr, denn sie geben dem Willen der Mehrheit der

Bevölkerung eine Stimme: gegen Krieg, gegen Waffenlieferungen und Sanktionen.

Mit dem Verweis darauf, dass in einer „Zeit der Umbrüche“ auch in anderen Ländern rechtsextreme Parteien stärker geworden seien, will Scholz darüber hinweg lügen, dass es die Politik seiner Regierung ist, die es der im Kern rechtsextremen AfD erlaubt, sich heute in den ostdeutschen Bundesländern als stärkste Kraft des Protestes gegen die Regierungspolitik zu profilieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Weder Putin – noch Nato!

Wir alle haben in unseren Ländern die Erfahrung gemacht:

eine Lösung wird nur durch den Widerstandskampf der Arbeiter und Völker gegen die kriegstreibende und sozialzerstörerische Politik der jeweiligen Regierung geschaffen.

Um an die Worte von Karl Liebknecht zu erinnern: „*Der Hauptfeind (die imperialistische Kriegspartei) steht im eigenen Land!*“ (Mai 1915) Oder um ein Zitat von Rosa Luxemburg zu nennen, an das uns Kollegen aus Frankreich erinnert haben: „*In diesem Augenblick des Rüstungswahnsinns und der Kriegssorgen ist es nur die entschlossene Kampfstellung der Arbeitermassen, ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu machtvollen Massenaktionen, was den Weltfrieden noch (...) erhalten kann*“ (30. April 1913).

In einer Situation, in der die Regierungen die Völker und die Arbeitnehmer immer tiefer in eine militärische Eskalation treiben wollen, ist es von größter Dringlichkeit, dass die Widerstandskräfte ihre Erfahrungen austauschen und diskutieren, wie ihre Verbindung auf europäischer Ebene gefördert werden kann; wie sie sich in einem Netzwerk auf europäischer Ebene organisieren können, wie es in der Vorbereitung dieser Konferenz mehrfach vorgeschlagen wurde.

Wie kann sich die Widerstandsbewegung als eine Gegenmacht zu den herrschenden Regierungen organisieren? Das ist Gegenstand unserer heutigen Diskussion.

Wie können wir der Arbeiterschaft, den Völkern helfen, sich für die Aktionen gegen den Krieg und gegen den sozialen Krieg ihrer Regierungen in jedem Land zu mobilisieren? Sollten wir uns nicht in diesem Sinne das Ziel setzen, ein europäisches Verbindungskomitee „gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“ zu schaffen?



Gotthard Krupp (2. von links) und das Präsidium der Europäischen Konferenz auf der Hybrid-Versammlung in Berlin (v.l.n.r.): Andreas Kutsche (Bündnis für Frieden, Brandenburg an der Havel), (Mitinitiator der Konferenz), Carla Boulboullé (Redaktion Soziale Politik & Demokratie), Marcus Staiger (Bündnis Heizung, Brot und Frieden), Evelin Genzel (von der Sammlungsbewegung aufstehen)

# Reden und Grußadressen

Die folgenden Reden und Grußadressen in dieser Dokumentation sind in der Reihenfolge, in der sie auf der Europäischen Online-Konferenz vorgetragen wurden, veröffentlicht.



## Beitrag von Kathrin Otte

### Koordinierungskreis „Was Tun?!“

Wir begrüßen aufs Herzlichste alle Anwesenden!

Dass wir uns hier auf europäischer Ebene treffen, um uns gegenseitig über die Widerstände gegen den militärischen, sozialen und Wirtschafts-Krieg in unseren Ländern zu informieren ist ein sehr wichtiger Schritt. Den zunehmenden Positionsverlust der westlichen imperialistischen Staaten gegenüber der wirtschaftspolitischen Stärke des Globalen Südens sehen wir als entscheidenden Kriegsgrund, den Ukrainekrieg als Stellvertreterkrieg zu führen und China anzugreifen. Unsere Haltung kann einzig die konsequente Forderung nach „Verhandlungen jetzt“ im Bunde mit den Verhandlungsinitiativen des Globalen Südens sein.

„Was tun“ ist ein seit 2022 sich neu aufbauendes Netzwerk vor allem der sozialistischen Kräfte, die aus der Partei DIE LINKE herausgedrängt wurden. Alle einzelnen Gruppen in den Bundesländern - meist Karl-Liebknecht-Kreise, in Anlehnung an dessen Widerstand gegen die Kriegskredite 1914 - haben sich zunächst in der Partei als innerparteiliche Opposition formiert. Der „Was tun“-Koordinierungskreis setzt sich inzwischen aus Repräsentanten aus der Mehrheit der Bundesländer zusammen. Wir alle sahen uns seit dem letzten Parteitag 2022 verpflichtet, uns dem fatalen Kurs der Parteiführung in Richtung eines Co-Managements der imperialistischen Kriegspolitik der Regierung entgegenzustellen. Wir forderten in unserem Kongressaufruf zum 06.05. „Es fehlt bis heute eine klare Ablehnung von Wirtschaftskrieg und Sanktionen durch den Parteivorstand, und erst jetzt gibt es eine klare Positionierung gegen die Lieferung weiterer Waffen in die Ukraine.“ Die Weigerung der Parteiführung, sich der größten und bedeutendsten Manifestation gegen den Krieg von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer mit 30-40.000 Bürgerinnen und Bürgern am Brandenburger Tor am 25.02. dieses Jahres anzuschließen, ja, diese sogar zu diffamieren, hat uns unmissverständlich gelehrt, unsere eigenen Wege zum Aufbau einer tatsächlich sozialistischen Politik an der Basis zu suchen.

Unsere Bundesregierung treibt die Bevölkerung dieses Landes in eine besinnungslose kriegerische und sozialpolitische Abwärtsspirale. Nicht einmal das Rückgrat des bisherigen Wohlstands, die mittelständische Industrie wird verschont, um den wahnwitzigen und bereits verlorenen Kampf um die

Aufrechterhaltung der US-Weltherrschaft bis zur Selbstzerstörung zu treiben. Die Rezession trifft dieses exportorientierte Land in Kürze hart, aber die dauerhaften Konsequenzen werden nicht einmal bedacht und auch nicht, dass die deutsche Rezession auch die europäischen Länder bereits jetzt negativ beeinflusst. In dieser Kriegshysterie wird ausgerechnet das Land, dem die Verantwortung für zwei schreckliche Weltkriege zukommt, wieder eine „Führungsrolle“ zugeschrieben, kürzlich in dem Megamanöver „Air-Defender 2023“ und auch in den EU-Militärplänen. Die NATO-Russland-Grundakte zu verletzen und 4.000 deutsche Soldaten dauerhaft in Litauen zu stationieren: kein Problem für die Bundesregierung, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Die Verstetigung und Ausweitung des Krieges wird von der US-Regierung und ihren willigen Followern in Europa gewollt – gegen Russland, gegen China, insbesondere gegen den sich organisiert vom US Finanzimperialismus abkoppelnden Globalen Süden. Die kapitalistische Krise, die sich in den letzten Jahren erheblich verschärft hat, wird mit dem Mittel des Kriegs beantwortet. Es wird in solcher Tendenz kein Sozialstaat mehr finanziert und keine angemessenen Löhne. Es wird nur eins wirklich klar: der jahrzehntelang versteckte, aber allen Politiken innewohnende Klassenkonflikt bricht in aller Deutlichkeit hervor. Also treten auch unsere politischen Aufgaben und neue Möglichkeiten hervor, die nach jahrzehntelanger Abwesenheit wieder die politische Organisation der Massen in den Mittelpunkt rücken. „Wir fordern, dass mit der Losung „Heizung, Brot und Frieden“ die elementaren Interessen der Bevölkerung in den Mittelpunkt linker Politik gestellt werden. Es braucht eine politische Kraft, um in diesem Land demokratische Freiheiten zu verteidigen, einen funktionierenden Sozialstaat zu sichern und für den Frieden zu kämpfen.“ („Was tun“, Newsletter 2)

**„Der allen Politiken innewohnende Klassenkonflikt bricht in aller Deutlichkeit hervor.“**

Als sich noch konstituierendes Netzwerk sind wir der Überzeugung, uns auf diesem Weg mit vielen anderen demokratisch, links, sozialistisch oder kommunistisch orientierten Menschen mit ganz ähnlichen Überlegungen zu treffen, wenn möglich auch ein europäisches Netzwerk zu entwickeln. Lasst uns daraus eine Gegenmacht von unten schmieden, damit wieder ein altbekanntes „Gespenst in Europa“ umgehen kann!

*Kathrin Otte im Auftrag des „Was Tun?!“ Koordinierungskreises*

## Beitrag von José Nivoi

### USB Docker, Autonomes Komitee der Hafentarbeiter von Genua, Italien



Ich grüße euch, Kolleginnen und Kollegen, im Namen des Hafens von Genua, und danke den Organisatoren für diese Initiative, die für uns sehr wichtig ist. Es ist wichtig auf europäischer Ebene, ein internationales Netzwerk gegen die Logik dieses Krieges und aller Kriege aufzubauen.

Der Ukraine-Krieg hat den aktuellen Charakter der weltweit geführten Kriege verdeutlicht, als imperialistischer Krieg, der alle Völker trifft. Das gilt auch für den sozialen Krieg, den wir heute erleben und der, wie es in der Einleitung gesagt wurde, die Ressourcen plündert. Das ist ein Krieg gegen die untersten sozialen Schichten.

Wir haben eine lange Kampferfahrung, wir wollten nicht zu Komplizen werden in dieser Kriegsspirale, ob in den Universitäten, in den Waffenfabriken oder auf der Ebene von Kampfsport, für Waffenlieferungen, die im Hafen zusammenkommen, bevor sie in verschiedene Länder verschifft werden. Als wir sahen, dass der Krieg eskalierte, beschlossen wir eine Reihe von Blockaden.

Wir haben in unseren Häfen von 2019 bis heute 6 Blockaden durchgeführt. Das galt gegen die Kriege im Jemen, in Syrien, im Gazastreifen. Wir haben außerdem versucht, diese Opposition in einer Demonstration am 25. Februar 2023 in Genua, Italien, gegen den Ukraine-Krieg zusammenzufassen. Sie war aber auch als symbolische Opposition gegen andere

Kriege gerichtet – als Mobilisierung in Verbindung mit dem italienischen Gesetz § 85, das Waffentransporte aus Italien verbietet. Wir haben an die Existenz dieses Gesetzes erinnert.

Die Antwort des Staates bestand darin, uns 70 Polizisten auf den Hals zu hetzen, die uns als „kriminelle Vereinigung“ behandelten. Die Demonstration war ein Aufruf an das Volk, sich entschieden gegen den Krieg zu wenden. Wir vertraten keine politische Richtung, sondern es war der Aufbau einer Massenmobilisierung auf der Straße mit sehr klaren Losungen gegen den Krieg. Es wurde eine Großdemonstration mit 10.000 Menschen, und es gelang uns, in den Hafen von Genua einzudringen, in dem Schiffe für Waffenlieferungen vor Anker lagen.

Damit haben wir bewiesen, dass die Industriegebiete des Hafens wirtschaftlich am Krieg beteiligt sind. Deshalb ist es wichtig, auch in Italien Komitees gegen den Krieg zu bilden und von der Theorie zur Praxis überzugehen, d.h. Blockaden und Demonstrationen zu organisieren.

Ich stimme dem Vorschlag zu, der am Anfang der Konferenz gemacht wurde, zu, das Netzwerk gegen den Krieg, das internationale Komitee aufzubauen. Ich danke euch allen.

## Beitrag von Pablo García Cano

### USB Verantwortlicher für Comisiones Obreras (CC.OO.) im John Deere-Werk, Spanien

Hallo guten Tag, ich bin Pablo García Cano aus Madrid, ich spreche **im Namen des Koordinierungsteams der Kampagne**, die im spanischen Staat für den sofortigen Waffenstillstand, für eine Beendigung des Krieges in der Ukraine eintritt.

Ich bin Gewerkschaftsmitglied des Industriezweiges des Gewerkschaftsbundes Comisiones Obreras (CC.OO.), Mitglied des Bundesvorstandes und Sekretär des Betriebsrats der Landmaschinenfabrik John Deere in Getafe, mit mehr als 1.100 Arbeiterinnen und Arbeiter.

Bisher fanden in Spanien rund 20 Veranstaltungen in verschiedenen Städten statt, in Madrid, Kastilien-La Mancha, Andalusien, Katalonien, dem Baskenland, dem Land von Valencia, mit einer Gesamtbesucherzahl von rund 1.500 Teilnehmern, überwiegend Aktivistinnen und Aktivistinnen aus unterschiedlichen Sektoren

Gewerkschaftsführer, Politiker aus verschiedenen sozialen Bereichen, die eine große Pluralität widerspiegeln. Tausende von Unterschriften wurden ebenfalls gesammelt, die ein sofortiges Ende des Krieges, einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine fordern. Diese Kampagne für ein Ende des Krieges, für einen sofortigen Waffenstillstand, haben wir gleich nach Ausbruch des Krieges 2022 begonnen.

Zunächst möchte ich Euch sagen, dass wir am 5. Mai in meiner Fabrik die Gelegenheit hatten, den Ministerpräsidenten Pedro Sánchez zu empfangen: Er kam zu Besuch in unsere Fabrik, um sich über Erfahrungen mit dem beruflichen dualen Ausbildungssystem zu informieren. Mehrere Betriebsratsmitglieder konnten ihn sprechen. Wir legten ihm schnell zwei

Er müsse die Möglichkeit des vertraglich abgesicherten Altersteilzeitmodells aufrechterhalten und verbessern. Dies gilt insbesondere für den industriellen Sektor.

Es solle einem Arbeitnehmer mit 33 Beitragsjahren möglich sein, mit 61 Jahren in Rente zu gehen, ohne Kaufkraft bei der Rente einzubüßen, und dass im Gegenzug ein Vollzeitbeschäftigter unter den gleichen Bedingungen eingestellt wird. Anstatt auf das allgemeine Renteneintrittsalter warten zu müssen, das in diesem Jahr bei 66 Jahren und 4 Monaten liegt. Das ist uns wichtig, wir haben darüber eine Vereinbarung auf Betriebsebene abgeschlossen und nun möchte das Unternehmen diese nicht mehr anwenden.

Zweitens haben wir Pedro Sánchez gesagt, dass er die Friedenspolitik unterstützen und befolgen soll, die der Präsident Brasiliens, Lula da Silva, einige Tage zuvor in Lissabon und Madrid vorgeschlagen hatte. Wir sagten dem Präsidenten der spanischen Regierung, dass unser Land auf Lulas Vorschlag hören sollte, der für einen sofortigen Waffenstillstand im Ukrainekrieg eintritt. Denn dieser Krieg in der Ukraine betrifft uns alle in ganz Europa, auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene.

Sánchez sagte uns, dass er die Worte und Bemühungen von Präsident Lula für Frieden und einen Waffenstillstand in der Ukraine tatsächlich sehr schätzt. Aber er habe Lula auch sehr deutlich gesagt, dass wir auch von der Tatsache ausgehen müssen, dass es sich im Falle der Ukraine um ein Land handelt, das völkerrechtlich anerkannt ist; und dass ein anderes Land, der Aggressor ist, dass die Invasion, Millionen von Flüchtlingen und Zerstörung provoziert hat. Nun, das hat uns



Sánchez in einem sehr kurzen Gespräch erzählt. Wir wollten die Gelegenheit dafür nutzen, um zwei spezifische Themen anzusprechen, die uns Arbeitnehmer beschäftigen. Und dass es nicht bei einer einfachen Begrüßung, einem Lächeln und einem Händeschütteln für Fotos bleibt.

Derzeit konzentrieren sich die spanischen politischen Nachrichten auf die vorgezogenen Parlamentswahlen für den 23. Juli, die Pedro Sánchez nach der Wahlniederlage bei den Regional- und Kommunalwahlen am 28. Mai in diesem Jahr anberaumbt hat.

Zweifelloso wird das Ergebnis sehr knapp sein und das Ergebnis ist nicht im Voraus entschieden.

Obwohl die Medien und Umfragen zunächst einen klaren Sieg der Rechten vorausgesagt haben, zeichnet sich jetzt ein gewisser Aufschwung der Linken ab. Wir werden sehen, was passiert.

Aber wenn uns eines auffällt, dann dass es im Vorwahlkampf und jetzt im Wahlkampf wirklich sehr schwierig ist, eine Debatte über konkrete Vorschläge zu führen.

Die Debatte im Wahlkampf geht vor allem über die möglichen künftigen Bündnisse und Wahlarithmetik jedes Blocks, statt über reale politische Vorschläge für die Zukunft der Gesellschaft.

Was uns am meisten auffällt, ist das absolute Schweigen über den Krieg in der Ukraine und über alles, was damit zusammenhängt, insbesondere der spanischen Beteiligung daran.

Keine Partei greift ein, fragt, hinterfragt oder macht Vorschläge zum Krieg. Wie ich sage, keine der politischen Kräfte, die zur Wahl antreten, kritisieren die Waffenlieferungen, die das Verteidigungsministerium in die Ukraine schickt oder etwa die spanische Verschickung von 1.500 Soldaten, Flugzeugen von Kampfpanzern, Kriegsschiffen und Raketensystemen zur NATO-Einkesselung Russlands, sowohl in der Ostsee als auch im Schwarzen Meer. Die Regierung hat kürzlich eine Verlängerung der Nutzung und Erweiterung amerikanischer Militär-Stützpunkte in Spanien beschlossen und Sánchez war eine solide Stütze für Biden beim letzten NATO-Gipfel.

All dies geschieht, ohne dass es im Parlament eingebracht, diskutiert oder genehmigt wurde. Das gleiche gilt für die Entscheidung der Regierung, die Verteidigungsausgaben für das Militär zu verdoppeln und von 1% auf 2% des BIP zu erhöhen, was eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben um 15.000 Millionen Euro pro Jahr bis 2029 bedeuten wird.

Es scheint unglaublich, dass fast 100.000 Millionen Euro für die Aufrüstung in den kommenden 6 Jahren zur Verfügung gestellt werden, aber weder in der Öffentlichkeit noch sonst wo diskutiert werden.

Es ist beunruhigend, das nicht klar ist, woher das Geld für diese riesige Aufrüstung kommen wird, und welche sozialen Posten im Haushalt sie kürzen wollen, oder wie die gesamte Gesellschaft mit in Haftung genommen wird, wenn Mehrausgaben zu einer Erhöhung der Schulden führen?

Unsere Kampagne erreicht Hunderte von Gewerkschaftsaktivisten und -Funktionären, Politikern und soziale Gruppen, die an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen; es gibt Tausende von Menschen, die den Antikriegsaufruf für einen sofortigen Waffenstillstand unterschreiben.

Wir glauben, dass trotz der herrschenden Informationsblockade und der politischen Blockade – es gibt scheinbar eine grundlegende Übereinkunft des Stillschweigens der politischen Parteien, d.h. nicht über den Krieg, die Kriegspolitik.

Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben und die Beteiligung Spaniens an den Manövern der Nato und der Einkreisung Russlands zu debattieren oder gar sie zu kritisieren. Wir sind davon überzeugt, dass die größeren Parteien dies tun müssen, weil sie wissen, dass die überwiegende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung in unserem Land gegen den Krieg und gegen den sozialen Krieg ist, der mit dem militärischen Krieg einhergeht. Der soziale Krieg findet hier in Kürzungen für die Sozialausgaben statt und der Inflation, unter der vor allem die Arbeitnehmer leiden.

**„Die Völker haben ihr letztes Wort noch nicht gesprochen.“**

Unsere Kampagne gegen Krieg und sozialen Krieg passt hervorragend zusammen und wird von breiten Schichten der Gesellschaft verstanden und akzeptiert.

Unser Land hat sich vor 20 Jahren gegen die Entsendung von Truppen in den Irak erhoben und mobilisiert, welche die Aznar-Regierung durchgeführt hat, um den Krieg von Bush und Blair zu unterstützen. Unser Land hat immer gegen den Krieg gekämpft und vor 36 Jahren gegen den Beitritt Spaniens in die NATO mobilisiert. Die Völker haben ihr letztes Wort noch nicht gesprochen. Wir sind sicher, dass

der soziale Widerstand und die Mobilisierungen gegen den Krieg in unserem Land und in ganz Europa wachsen wird.

Entscheidend hierfür ist ein koordiniertes Vorgehen in den einzelnen Ländern.

Wir freuen uns über die Teilnahme an dieser Antikriegskonferenz und ermutigen Euch dazu: Lasst uns in allen Ländern die Initiativen und Aktivitäten für den Waffenstillstand, für das Nein zum Krieg, gegen die Lieferung von Waffen in die Ukraine, gegen die Entsendung von Truppen, Flugzeugen, Panzern usw., von Schiffen, die Russland einkreisen, ausweiten.

Lasst uns die Forderung an unsere Regierungen unabhängig von ihrer politischen Zusammensetzung erheben und von ihnen fordern, dass Militärausgaben für soziale Zwecke verwendet werden sollen und dass wir nicht wollen, dass die Kriegskosten von der arbeitenden Bevölkerung bezahlt werden, weder durch Sozialabbau noch durch Verschuldung der öffentlichen Haushalte.

Bulletin Nr. 13 „Stopp dem Krieg“ - noch im Juli herausgegeben von Kolleg\*innen des Comité por la Alianza de Trabajadores y Pueblos (CATP) in Spanien mit zahlreichen Reden der Europäischen Konferenz vom 8. Juli



# Beitrag von Harri Grünberg

## Trägerkreis aufstehen

Liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir, die Sammlungsbewegung *aufstehen* – Trägerverein, wünschen Euch eine erfolgreiche Europäische Konferenz gegen den Krieg und den sozialen Krieg. Für den sofortigen Waffenstillstand. Weder Putin noch Nato sind eine Alternative für uns! Unsere Bewegung ist eine außerparlamentarische. Sie ist 2018 entstanden mit der maßgeblichen Unterstützung von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine. Beiden fühlen wir uns heute noch verbunden und unterstützen ihre politischen Vorstellungen.

Seit über einem Jahr läuft der grausame Krieg in der Ukraine. Russland hat die Ukraine angegriffen und ist ganz klar als Aggressor zu benennen und anzuklagen. Wenn wir dazu beitragen wollen, den Krieg auf dem Verhandlungsweg so schnell wie möglich zu beenden, müssen wir auch über die Verantwortung des Westens sprechen, die Vorgeschichte und die größeren geopolitischen Zusammenhänge. Die Weigerung, die russischen Sicherheitsinteressen anzuerkennen, hat die Lage zugespitzt, die zum Kriegsausbruch führten.

Die imperialistischen Ambitionen des vereinigten Westens sind offensichtlich. Die in Russland herrschende Bürokratie und die neuen Kapitalisten, die in der Wendezeit und danach emporstiegen, vertreten aber weder die Interessen der russischen Arbeiterklasse noch die des russischen Volkes. Selbst die Verteidigung des verstaatlichten Sektors in Industrie und Rohstoffextraktion geschieht, um ihre Taschen weiterhin auf Kosten des Volkes zu füllen. Deshalb sagen wir weder Putin noch die NATO.

Dieser Krieg eskaliert gegenwärtig. Er ist zum Fleischwolf für die ukrainischen und russischen Soldaten geworden, die massenhaft sterben. Während die Ukraine mit ihrer Offensive scheitert und sinnlos ihre Soldaten in den Tod schickt, ebenso wie tausende junger russischer Männer täglich sterben, heizt das NATO-Bündnis immer mehr den Krieg an. Auf die Eskalation von Seiten der NATO, um Russland in die Knie zu zwingen, antwortet Russland mit der Stationierung von taktischen Atomwaffen in Weißrussland und diskutiert über den Einsatz von taktischen Atomwaffen. Wir bewegen uns in eine brandgefährliche Lage.

Statt zu verhandeln, einen sofortigen Waffenstillstand zu vereinbaren, setzt die NATO auf eine Fortsetzung und Eskalation eines sinnlosen Krieges. Friedensbemühungen von Brasilien, China, Indonesien und jüngst der afrikanischen Staaten wurden vom ukrainischen Präsidenten Selenskyj und der NATO brüsk zurückgewiesen. Dass der Krieg in einem menscheitsvernichtenden Atomkrieg eskalieren könnte, lässt die westlichen Strategen kalt. Um Russland militärisch zu besiegen, riskieren sie die Fortexistenz der Menschheit.

Die Regierungen in Paris und Berlin handeln als treue Vasallen der USA. Sie gefährden mit ihrem Kriegskurs die Existenz unserer Länder und Europas insgesamt. Der Wahnsinn des Krieges muss sofort gestoppt werden und zwar durch die Formel des sofortigen Waffenstillstandes ohne Bedingungen und der Aufnahme von Friedensverhandlungen, welche die Sicherheitsinteressen der Ukraine und Russlands berücksichtigen. Die opportunistischen Führungen der Sozialdemokratie und einige der sich links nennenden Parteien in Europa lehnen diese Formel ab und heizen damit das tägliche Sterben



von Zivilisten und Soldaten an.

Die sich bereits abzeichnenden Krise des Kapitalismus wird durch den Krieg verschärft und damit der Generalangriff auf die über Jahrzehnte erkämpften Errungenschaften der Arbeiterklasse in Europa gerechtfertigt. Überall in Europa verschlechtert der Krieg die Lebenssituation der Arbeiterklasse und der populären Schichten. Soziales weicht zugunsten der Kriegsausgaben. Das Gesundheitswesen wird demontiert, Rentner werden ärmer, die Bildung für die Volksschichten wird schlechter und die Inflation auch infolge des entfesselten Krieges, frisst die Löhne auf. Der Reallohn der populären Schichten Europas sinkt. Die Bevölkerung trägt die Kosten für Inflation und hohe Lebensmittel- und Energiepreise. Die Gewerkschaften sind kaum in der Lage, den Reallohnverlust zu stoppen.

Mittlerweile leeren sich die Staatskassen und es wird beim Sozialen gespart. Nur für Rüstungsausgaben ist genug Geld da, während Bildung, Gesundheit, Renten zusammengestrichen werden. Es gibt keine Verteidigung der sozialen Errungenschaften, ohne diese mit der Kriegsfrage zu verknüpfen. Es gibt keinen Sozialstaat im Krieg.

Deshalb muss auch der Wirtschaftskrieg beendet werden. Er schadet der europäischen Industrie und damit auch der Arbeiterklasse in Europa. In ihrer Vasallentreue gegenüber den USA verhängten die EU, Deutschland und Frankreich Sanktionen, die die Bürgerinnen und Bürger hierzulande teuer zu stehen kommen. Wir erleben schon jetzt eine Welle der Deindustrialisierung und der Vernichtung industrieller Kapazitäten. Auch der Wirtschaftskrieg kommt vor allem den USA zugute. US-Präsident Biden betreibt eine radikale Politik des „Amerika First“ und lockt die europäische Industrie in die USA mit billigen Energiekosten.

Wir brauchen überall in Europa eine breite Bewegung, die sagt: Heizung, Brot und Frieden sind untrennbar miteinander verknüpft. Wer bezahlbares Brot und Heizung haben will, muss den Krieg beenden. Deshalb brauchen wir Druck von unten. Von der Militanz und dem Engagement müssen wir dem Beispiel der französischen Arbeiter folgen, die Macron das Fürchten gelehrt haben. Ganz Europa braucht französische Verhältnisse.

Um den Wahnsinn des Krieges zu stoppen, brauchen wir aber auch Diplomatie, Waffenstillstandsverhandlungen und daraus resultierend Friedensverhandlungen, die zu einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur unter Einschluss Russlands führen. Wir müssen durch den Druck der Straße die Regierungen zu Verhandlungen zwingen. Dafür brauchen wir aber auch Gewerkschaften, die Nein zum Krieg und zum Sozialen Krieg nach innen sagen. Wir brauchen viele konkrete Aktionen des Widerstands wie z.B. die Hafentarbeiter in Italien, die sich geweigert haben Waffenlieferungen zu verladen.

Über die Friedensperspektive hinaus brauchen wir einen Kampf für ein soziales und friedliches Europa. Das geht aber nicht mit dieser EU. Diese EU ist neoliberal und imperialistisch. Deshalb brauchen wir eine andere Konzeption der Europäischen Einheit, in der die Völker und nicht die Kapitalis-

**„Wir brauchen  
überall in Europa  
eine breite  
Bewegung...“**

ten und ihre Monopole das Sagen haben. Diese EU bereitet alle Offensiven gegen die populären Schichten unserer Länder vor und treibt sie voran. Sie macht das auf der Basis der Lissaboner und Maastrichter Vereinbarungen. Deshalb sagen wir, diese Vereinbarungen müssen weg.

Der Kampf der französischen Arbeiterklasse und populären Schichten der vergangenen Wochen gegen die Rentenreform von Macron, der Millionen Menschen in Bewegung gesetzt hat, ist eine Quelle der Inspiration für ganz Europa, auch für uns in Deutschland.

Die Bundesregierung gerät derzeit unter den Druck von rechts, mangels einer wirkungsvollen linken Opposition. Die Mehrzahl jener, die sich gegen die herrschende Politik nach rechts wenden, tun dies aus Protest und nicht wegen der rechten Programmatik. Die Programmatik der Rechten ist neoliberal und reaktionär.

Am 26. Februar 2023, hatten wir in Berlin eine große Antikriegskundgebung unter dem Motto „Aufstand für den Frieden“. Die Resonanz war überwältigend. In kürzester Zeit gelang es, 50.000 Menschen zu mobilisieren. Mit dem von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer initiierten „Manifest für den Frieden“, das bisher mehr als 850.000 Menschen unterzeichnet haben, ist es gelungen, dem großen, bislang von den Medien totgeschwiegenen Teil der Bevölkerung, der für mehr Diplomatie, die gegen Waffenlieferungen ist, eine Stimme und mediale Präsenz zu geben. Das Manifest reflektiert ein breites Bündnis, das bis in bürgerliche Schichten hineinreicht. Der Kern des „Manifests für Frieden“ lautet:



Jedes politische Handeln geht von der Analyse der Realität aus, die uns umgibt; wir müssen also zunächst die Ursachen für diesen Krieg verstehen, die, wie ich meine, in einer tiefgreifenden Krise des herrschenden kapitalistischen Systems liegt und die auf vielen Ebenen in Erscheinung tritt:

Erstens, eine Wirtschaftskrise, die die ganze Welt erfasst hat. Die Subprime-Krise 2008, die Schuldenkrise ab 2011 und die Covid-19-Pandemie 2020 haben die Konzentration des Kapitals in den Händen nur weniger Holdinggesellschaften und Oligarchen verschärft (und ich spreche nicht nur von den russischen Oligarchen, sondern auch und hauptsächlich von denen der Vereinigten Staaten, wo 80 Prozent des gesamten Reichtums des Landes nur ein paar Familien gehört). Das neoliberale Modell der Globalisierung ist in einer tiefen Krise.

Zweitens, eine geopolitische Krise provoziert beträchtliche Ungleichgewichte. Wenn der Imperialismus der Vereinigten Staaten auch in allen seinen Formen (finanziell, militärisch und kulturell) vorherrschend bleibt, beginnt er nunmehr aufgrund der Krise seines neoliberalen Modells Risse zu zeigen, in die sich neue Mächte mit globalen Ambitionen drängen, vor allem China, und in geringerem Umfang auch Russland. Die Invasion der Ukraine durch Russland muss also einerseits als Versuch gesehen werden, in die Bresche zu stoßen, die durch die Krise des Modells der globalisierten Ökonomie entstanden ist, aber andererseits auch als Ausdruck der imperialen Ambitionen Putins (siehe seine Ausführungen zu einer Rückkehr zum Modell des zaristischen Russlands).

Drittens, eine zivilisatorische und kulturelle Krise. Der Aufstieg ultrakonservativer und (neo-) faschistischer Kräfte weltweit (von Trump bis Bolsonaro, von Orbán bis Erdoğan, von

Stoppt den Krieg! – Diplomatie und Verhandlungen! Es wendet sich gegen die Lieferung von immer weiteren und immer schwereren Waffen.

Die großen Medien in Deutschland, führende Politiker von SPD, Grünen und FDP hetzten vehement gegen die Friedenskundgebung. Die Friedensbewegung muss aber einen Schritt weitergehen, sie muss sich auch in Richtung der Gewerkschaften bewegen mit der Position, dass die soziale Frage und die Frage nach Frieden untrennbar miteinander verbunden sind.

Wir hatten in Deutschland eine bedeutsame Streikbewegung im öffentlichen Dienst und den Streikenden wurde durch die bürgerlichen Medien gesagt, sie verdienten sowieso schon zu viel und ihre Forderungen nach Inflationsausgleich seien maßlos. Den Arbeiterinnen und Arbeitern, den populären Schichten in unserem Land, wird gesagt mit Verweis auf die Kosten des Krieges, dass man ihren Lohnforderungen nach Erhalt der Kaufkraft nicht nachkommen kann.

Dennoch haben die Streikenden wichtige Erfolge erzielt, die den Reallohnverlust aber nicht vollständig ausgleichen konnten. Weitere Arbeitskämpfe, etwa bei der Bahn, stehen an.

Kämpfen wir in ganz Europa gegen Krieg und den sozialen Krieg nach innen.

Für einen sofortigen Waffenstillstand, für die Verteidigung der sozialen Errungenschaften.

Wir laden Euch gern zu einer Friedens-Konferenz in Berlin ein.

## Beitrag von Maurizio Coppola

### Potere al Popolo (Die Macht dem Volk), Italien

Modi bis Meloni usw.) ist Ausdruck einer Krise der neoliberalen Subjektivität und der Unfähigkeit, eine fortschrittliche Alternative anzubieten. Das drückt sich gerade in dem Sieg der Rechten und der Ultrarechten in praktisch allen Ländern Europas aus sowie in der diskriminierenden Klassenpolitik (siehe zum Beispiel den „Doppel-Standard“ in der Migrationspolitik) usw.

In diesem globalen Kontext repräsentiert die Regierung von Giorgia Meloni in Italien ein beispielhaftes Modell der neuerdings herrschenden Politik unserer Epoche, insbesondere der Kriegswirtschaft. Vom dem Tag ihrer Ernennung als neue Premierministerin des Landes an hat G. Meloni die Kontinuität ihrer Politik bekräftigt, an den transatlantischen und europäischen Verträgen im Dienste der Vereinigten Staaten (ökonomische und finanzielle Sanktionen, Militarisierung des Ukraine-Konflikts, Freigabe der Nutzung italienischer Militärbasen und solcher der Nato für Operationen in diesem Krieg, Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für die Armee usw.) festzuhalten und – zugleich – an ihrer Politik gegen die arbeitenden Klassen: Blockierung der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, Antireform des Systems der Sozialhilfe, Fehlen eines industriellen Konzeptes, repressive Maßnahmen gegen Migrant\*innen und andere „Minderheiten“. Ihre bellizistische Außenpolitik in Bezug auf den Ukraine-Konflikt findet ihre Entsprechung in einer bellizistischen Sozialpolitik gegen die Arbeiterklasse und das italienische Volk.

Wir sind davon überzeugt, dass es heute keine andere Möglichkeit gibt als sich dem politischen und sozialen Lager des Friedens anzuschließen. Aber wir sind uns auch der unvermeidlichen Verbindung zwischen dem Krieg im Äußeren und dem sozialen Krieg gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter in allen Ländern bewusst. Und deshalb können wir uns nicht mit der Forderung eines abstrakten Friedens begnügen, wir müs-

sen diesen Begriff mit einem sozialen Inhalt füllen.

Für den Frieden sein bedeutet heute, jede Initiative für Verhandlungen zu unterstützen, sei es den Vorschlag von Xi Jinpings China, des Papstes oder des brasilianischen Präsidenten Lula; für den Frieden sein bedeutet für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen, gestützt auf die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Entlassungen, für die Verteidigung ihrer Rentensysteme, für die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen; das bedeutet sich auf die Jugendbewegung zu stützen, die in der ganzen Welt auf die Straßen geht für Klimagerechtigkeit; und es bedeutet vor allem, die Verbindung und Zusammenführung all dieser Kämpfe in einer umfassenden sozialen Bewegung, die in der Lage ist, ein alternatives Modell zur Kriegswirtschaft zu schaffen.

Vereint sind wir alles, gespalten sind wir nichts!

Demonstration in Genua „Gegen Krieg und hohe Lebenshaltungskosten. Nein zu NATO-Waffen“



## Beitrag von Ludo de Brabander

### Sprecher der pazifistischen Organisation VREDE (FRIEDE) und Autor, Belgien

#### Für einen Friedensplan für die Ukraine

Europa und die ganze Welt machen schwere Zeiten durch. Der scheinbar endlose -Krieg in der Ukraine belastet die Ukraine, Russland, Europa und die ganze Welt sehr. Wir erleben einen Aufschwung des Militarismus. Die Preise für Energie und Lebensmittel steigen, während die Kaufkraft sinkt und die Armut zunimmt. Unterdessen fließen Abermilliarden Gelder in die Rüstung. Die USA verheimlichen nicht ihr Ziel, das sie mit ihren Massenerlieferungen von Waffen in die Ukraine verbinden: Es geht nicht darum, den Krieg schnell zu beenden, sondern Russland zu schwächen.

Wir als Friedensbewegung haben dafür agitiert, den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu verurteilen. In Russland sind konservative, nationalistisch-militaristische Kräfte an der Macht. Sie stehen für fast alles, was die Friedensbewegung bekämpft. Wir sagen den Verantwortlichen in Moskau geradeheraus: Stoppen Sie Ihre Kriegsmaschine!

Die Friedensbewegung engagiert sich für die Abrüstung, Entmilitarisierung, friedliche Koexistenz und Sicherheit. Deshalb lehnen wir eine Schwarzweißmalerei angesichts einer komplexen Realität ab. Diese bietet sich uns nicht als Krieg der Guten gegen die Bösen dar. In der Ukraine ist 2014 ein Konflikt über die nationale Frage in einen offenen Krieg ausgeartet, in den sich ihrerseits Supermächte einmischen zur Sicherung ihrer Hegemonie und für ihre materiellen Interessen, für den Marktzugang, Zugriff auf die Rohstoffe und Wertschöpfungsketten, für ihre geopolitische Macht. Das sind die gleichen Motive wie im Ersten Weltkrieg, die noch heute eine Rolle spielen.

Deshalb muss die Friedensbewegung entschlossen den Kampf gegen die Ziele dieses Krieges, aller Kriege, führen. Mehr denn je nutzt der militärisch-industrielle Komplex die Kriegslage aus, um Europa bis zum Äußersten zu militarisieren. Es geht bei weitem nicht um Waffen zur „Verteidigung“. In Wahrheit positioniert sich der westliche Wirtschaftsblock und bereitet einen langen Krieg vor gegen jene, welche die Nato als „systemische Rivalen“ bezeichnet.

Unterdessen entspricht die vor einem Monat gestartete ukrainische Gegenoffensive gegen Russland „auf keinem Frontabschnitt den Erwartungen“, nach den eigenen Worten hoher Verantwortlicher des Westens. In den letzten Wochen hat die

ukrainische Armee nur wenige Dörfer und 130 Quadratkilometer zurückerobert, bei einer Frontlänge von 2.500 km. Die russischen Verteidigungen können nicht leicht durchbrochen werden wegen großer Minensperren, Soldaten in tiefen Schützengräben und russischer Lufthoheit. Kurz gesagt soll verschwiegen werden, dass die ukrainische Gegenoffensive, von der oft die Rede war, am Ende scheitern könnte. Eine solche Niederlage passt nicht in die gängige Propaganda, weil sie den Konsens für die massive Aufrüstung der Ukraine aufbrechen könnte. Dass die Entwicklung anders verläuft, als es der Westen will, geht eindeutig aus einer Erklärung von Viersterne-General Mark Milley, Vorsitzender des Vereinigten Generalstabs der US-Streitkräfte, hervor: „Das wird lang andauern, das wird schrecklich mörderisch sein. Niemand sollte sich Illusionen über diese Aspekte machen.“

Die von Milley beschriebene Denkart erinnert an die im Ersten Weltkrieg vorherrschende: einige km Bodengewinn sind durchaus tausende Gefallene wert. Politiker und Generäle schreiben den Plan, und die Soldaten liefern das Kanonenfutter. Der illusorische militärische, „heldenhafte“ Sieg bleibt Monat für Monat im Schlamm und Stellungskrieg stecken.

Der jetzige Krieg kann in keinem der möglichen Szenarien gewonnen werden: eine lange festgefahrene Front, die tausende Gefallene und fortwährende Zerstörung kostet; oder Russland gewinnt die Oberhand und die Ukraine landet in einer schlechteren Position für Verhandlungen als heute; oder die Ukraine siegt. Doch im letzten Falle klammert man den Einsatz von Atomwaffen und die gefährlichen Folgen der Destabilisierung einer Atommacht aus. Keines dieser Szenarien kann den

Frieden bringen. Und die gleichen, die die Ukraine bis an die Zähne bewaffnen wollen, werden nicht die Milliarden zahlen, die für den Wiederaufbau des Landes erforderlich sind.

Anders gesagt, die militärische Logik in diesem Krieg führt ins Nirgendwo. Je länger der Krieg dauert, desto mehr Leid und Zerstörung richtet er im Land an.

Und trotz alledem stoßen die Aufrufe zum Waffenstillstand und zu Verhandlungen auf Tabus. Wer sie verbreitet, wird als Putins Agent geschmäht. Oder es wird behauptet, Putin wolle keinen Frieden und ihm sei nicht zu trauen. Das ist ein Teil der Wahrheit, wenn es keine Alternative zu den möglichen

**„Wir haben es  
nicht mit einem  
Krieg der Guten  
gegen die Bösen  
zu tun.“**

militärischen Szenarien gäbe. Dafür gibt es einen Präzedenzfall: Ende März 2022 berieten auf Anregung der Türkei Kiew und Moskau über ein Abkommen, doch dieser Ausweg wurde von London und Washington zugunsten der Kriegsoption blockiert.

Das Eingeständnis, dass dieser Krieg kein gutes Ende nimmt, könnte eine diplomatische Annäherung für einen Waffenstillstand und Verhandlungen bewirken. Der Abschluss eines dauerhaften Abkommens braucht Zeit, kann aber auch die Vernunft und einen politischen Willen stärken, wenn erst einmal die Waffen schweigen. Das Karfreitagsabkommen für Nordirland als Grundlage für den Frieden kam schließlich nach vielen Jahren hoffnungsloser Gewalt.

Mehrere Elemente müssen für einen Friedensvertrag zusammenkommen, der die verschiedenen Aspekte des gewaltsamen Konflikts abdeckt: 1.- Ende der russischen Invasion; 2.- Lösungen für die internen nationalen Fragen, die den Krieg im Donbass seit 2014 ausgelöst haben; 3.- geopolitische Entspannung zwischen der NATO / EU und Russland durch Respektierung der jeweiligen Sicherheitserfordernisse.

Der Krieg ist eine Herausforderung für die Friedensbewegung, die sich zur Zeit als zersplittert und unfähig darstellt,



Wir danken den Organisatoren für die Einladung und die Möglichkeit, uns mit anderen Organisationen und Vereinigungen auszutauschen und zusammen zu arbeiten, die sich für das Schicksal der gesamten Menschheit, ihr Wohlergehen, interessieren; die das Geschäft mit dem größten Gewinn in der Welt stoppen und beenden wollen: den Krieg,

Während ich euch diese Botschaft schicke, wird Rumänien von großen Protestbewegungen im Gesundheits- und Bildungswesen und bei der Eisenbahn erschüttert. Infolge der Inflation, die höher als offiziell angegeben ist, ist die Kaufkraft gesunken, und die Bevölkerung stöhnt als Hauptleidtragende unter den Maßnahmen einer unverantwortlichen Regierung.

Die Beschäftigten in diesen Branchen werden von der Regierung, die von einem pensionierten Armeegeneral geführt wird, nicht ernst genommen. Das Hauptanliegen der Regierung ist es vielmehr angesichts der Proteste, den Polizisten höhere Löhne zu zahlen, denn bekanntlich stellen die Unterdrückungs-Truppen für alle Regierungen in der Welt eine effektive Verteidigungswaffe dar.

Eine weitere Priorität dieser Regierung konkretisiert sich in Waffen- und Munitionslieferungen an die ukrainische Armee, die per Bahn getarnt als „humanitäre Hilfe“ transportiert werden, wie in der Presse enthüllt wurde. Dazu müsst ihr wissen, dass die rumänische Regierung der gehorsamste Erfüllungshelfer für die Absicht der Europäischen Union ist, diesen Krieg, der vor unserer Grenze tobt, „langfristig“ zu führen. Offiziell sind über 4.000 Soldaten aus verschiedenen Ländern, eine starke Besatzungsmacht, in unsere im Land stationiert. Unser Haushaltsposten für „Verteidigung“ wurde um mehr als die 2% aufgestockt, welche die NATO von allen ihren Mitgliedstaaten verlangt. Der dem Militär angebotene „offene Luftraum“ ermöglicht nur die Überwachung und schrittweise Eskalation des militärischen Kon-

flikts. Rumänien ist ein Transitland für Rüstungsgüter, Waffen und Munition, Infanterie und Landungstruppen. Kurz gesagt, die Regierenden dieses Landes sind nichts anderes als der verlängerte Arm der Ziele, welche in Brüssel von der Europäischen Kommission verkündet werden, die als illegitime Struktur keine rechtmäßige Vertretung der EU-Mitglieder ist.

Wir sind davon überzeugt, dass dieser Krieg auf beiden Seiten Tod und Verderben bringt, Schicksale zerstört, Hass und Grausamkeit erzeugt, Industrieanlagen, Infrastrukturen, Krankenhäuser, Schulen und Wohnhäuser vernichtet. Die ukrainische Nation leidet unter diesen Schäden, und das russische Volk trägt die Kosten eines Krieges und die Erhöhung der Militärausgaben für dessen Fortsetzung.

Der Irrsinn herrscht auf dem ganzen Planeten. Militärische, politische oder wirtschaftliche Kräfte stehen auf der einen oder anderen Seite der Kombattanten in zwei Lagern, wobei die Kriegführenden von großen Militärmächten wirtschaftlich und logistisch unterstützt werden.

Wir stecken in einem Weltkrieg, in dem alle Bürger der betroffenen Länder für die Existenz, Fortdauer und Eskalation des Konflikts bezahlen.

Die Menschheit beginnt das 21. Jahrhundert mit solchen Fieberkrämpfen, in denen einmal mehr Kriegsstrategien ausgebrütet werden und sogar der Einsatz von Atomwaffen mit verheerenden Folgen erwogen wird. Das ist mit Sicherheit NICHT die Zukunft, die wir für die Menschheit erträumen: Niemand kann den Krieg wollen, wenn der Frieden greifbar ist; niemand will Machtkämpfe, wenn wir Zusammenarbeit und Solidarität haben können; niemand wünscht sich Feinde statt Freunde.

Unsere Grußbotschaft fördert die internationale Arbeitersolidarität als die Kraft, die unser Bemühen zu dem einen Ziel vereinen muss: Stopp dem Krieg und Entwicklung gegenseitiger guter Beziehungen der Zusammenarbeit und Freundschaft.

Ich habe die Ehre, als Redner für Rumänien in der Tagesordnung der Konferenz ausgewählt worden zu sein.

## Beitrag von Mugurel Popescu

### Universitäts-Gewerkschafter, Rumänien

# Solidaritätsadresse von Franz Koskarti und Axel Magnus

## Gewerkschafter aus Österreich

Der aktuelle Krieg in der Ukraine stellt Fragen erneut, die die Arbeiter\*innenbewegung eigentlich schon lange beantwortet hat. Die Bürokratie will diese Antworten bewusst ignorieren, um im Interesse des Kapitals zu verbergen, dass die Arbeiter\*innenklasse niemals ein Interesse an Kriegen zwischen Nationen haben kann.

Also ist es wie 1914 an uns, von unten gegen den Krieg zu kämpfen. Denn der Hauptfeind steht immer im eigenen Land. Das wird umso klarer, wenn es plötzlich Milliarden für Aufrüstung geben soll, während es kein Geld gibt, um den Zusammenbruch des Sozial- und Gesundheitsbereichs oder den Kampf gegen Armut gibt. Selbst im angeblich neutralen Österreich soll aufgerüstet werden. Kriegstreiberei regiert den politischen Diskurs.

Wir leben also in einer Zeit, in der das System selbst massiv in der Krise steckt. Der Krieg in der Ukraine sowie alle anderen derzeit auf der Welt tobenden Kriege sind ein Ausdruck dieser Krise. Je geringer die Profite der großen imperialistischen Staaten werden, desto schärfer wird der Kampf um die Verteilung des kleiner werdenden Kuchens. Die schärfste Form dieses Verteilungskampfes ist der Krieg.

In der Ukraine findet scheinbar ein Krieg zwischen zwei reaktionären Regimes statt. Zu Putin muss nicht viel gesagt werden. Da die Wahrheit immer das erste Opfer des Krieges ist, muss allerdings gesagt werden, dass Selenskyj um nichts besser ist. Er hat Kollektivverträge verboten und die Gewerkschaften enteignet. Heute erleben wir tatsächlich einen Krieg, in dem die Arbeiter\*innen, Pensionist\*innen und die Jugend der Ukraine zwischen den Interessen der Großmächte zerrieben werden und für diese sterben müssen.

Besonders abstoßend dabei ist die Doppelmoral des Westens, der zwar auf die unbestreitbaren Verbrechen der Putin-Clique hinweist, aber die Verbrechen z.B. Saudi Arabiens im Krieg im Jemen verschweigt und dessen sog. Militärkoalition weiterhin Waffen liefert oder die permanenten Angriffe der Türkei auf Kurd\*innen. Gleichzeitig wird mit Ländern aus dieser Region, in denen Demokratie oder die auch nur ansatzweise Gleichstellung von Frauen nach wie vor in weiter Ferne liegen, über die Lieferung von Öl und Gas verhandelt, „um sich von Russland unabhängig zu machen“.

Moralische Fragen sind dem Westen also komplett egal, solange die Profite des eigenen Kapitals gesichert werden können. Auch der Schein der Neutralität in Österreich trägt. Wieder sehen wir nahezu täglich Züge mit NATO-Panzern auf Bahnhöfen.

Keinen Cent und keinen Menschen für dieses Heer war das traditionelle Motto der Sozialdemokratie, bevor diese 1914 den Kriegskrediten zustimmte. Im ersten Programm der SPÖ von 1889 wurde die Auflösung aller stehenden Heere gefordert. Eine Forderung, die bis heute nichts von ihrer Richtigkeit eingebüßt hat und aktueller denn je ist.

Krieg dem Krieg. Friede den Hütten – Krieg den Palästen. Hoch die internationale Solidarität!

*Franz Koskarti, Betriebsratsvorsitzender ÖGK und Gesundheitszentren – Landesstelle Wien, Vorsitzender der FSG Favoriten*

*Axel Magnus, Betriebsratsvorsitzender Sucht- und Drogenkoordination Wien, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Social in der Gewerkschaft GPA Wien*

30. Juni 2023

## Beitrag von Pedro Soares

### Bloco de Esquerda (Linksblock), ehem. Abgeordneter, Portugal

Der Krieg ist die neue Niederlage der Europäischen Union.

Wir haben bereits das Scheitern eines Europas erlebt, das angeblich die Solidarität fördert, das Entwicklungsniveau zwischen den Ländern und Regionen angleicht und in dem die demokratischen Werte grundlegend sind – ein Europa, das beispielhaft vorangeht bei der Verteidigung der Arbeitnehmerrechte und beim Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Heute, nach dem Balkankrieg, hat sich das Versprechen eines friedentiftenden Europas in Luft aufgelöst. Bei Lichte betrachtet, wie konnte es auch anders sein? Was wir sehen, ist, abgesehen von der Kriegstreiberei, ein Europa von Verträgen, die einen neoliberalen Kurs diktieren, ein Europa, das die souveränen Rechte angreift, das relativ gleichgültig das Geschehen im Mittelmeer und die Menschenrechte betrachtet. Ein Europa, das von den USA und der NATO abhängig und bei seinen geostrategischen Entscheidungen nicht autonom ist.

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs und der Konfrontation zwischen den Großmächten haben die Instabilität und der kriegstreibende Druck in den letzten Wochen zugenommen. Die kürzliche Meuterei der Wagner-Söldnertruppe mit dem russischen Oligarchen Jewgeni Prigoschin hat alle euroatlantischen Bestrebungen für eine Strategie zur Verlängerung des Ukraine-Kriegs bis zu einem militärischen Sieg über

Russland wieder angefeuert.

Die vermeintliche Schwächung von Putins Regime wegen des drohenden Marsches der Wagner-Söldnertruppe auf Moskau verstärkte die Diskussionen für eine Eskalation des Krieges und eine Stärkung der NATO-Positionen. Manche sagen, das ist die Gelegenheit, Russland militärisch zu besiegen. Kurz, die Mechanismen zur Kriegsunterstützung wurden beschleunigt und verstärken alle Gefahren für eine Eskalation.

Prigoschins Handeln als Reaktion auf die angekündigte Auflösung der Wagner-Söldnertruppe und ihre völlige oder teilweise Eingliederung in die reguläre russische Armee ist ein Anzeichen für den Kampf um die militärische und wirtschaftliche Macht und die Widersprüche in der Spitze der Oligarchenherrschaft. Darin zeigen sich weder Spaltungen in der russischen Gesellschaft noch das Streben nach mehr Demokratie und Frieden noch irgendeine Linie der Opposition gegen ein autoritäres, gewaltsames Regime, das die nationalen Reichtümer für den Profit der Oligarchen ausbeutet, tausende junge Russen in den Tod schickt und das Blutbad am ukrainischen Volk fortsetzt. Putin und Prigoschin sind Teufel einer wie der andere.

Unterdessen beschuldigen Russland und die Ukraine sich gegenseitig, die Explosion des AKW Saporischschja, des größten in Europa, zu beabsichtigen. Es hat schon die Sabota-

ge der Gasleitungen Nordstream 1 + 2 und vor kurzem des Kachowka-Staudamms gegeben. Man kennt nicht die Verantwortlichen dieser Explosionen, es steht jedoch fest, dass sie stattgefunden haben, und wer auch immer daran schuld ist, es gibt keinen Zweifel, dass die Infrastrukturen wie Kriegswaffen eingesetzt werden, was sich direkt auf die Sicherheit der Menschen und die Umwelt auswirkt.

Ist es möglich, weiterhin mit großer Gleichgültigkeit an die dramatische Gefahr eines Angriffs auf Saporischschja, von wem auch immer, zu denken, der unermessliche Folgen für die Menschen, Landschaften und ökologischen Systeme haben würde?

Es muss alles getan werden, um die Erpressung zurückzuweisen und die Eskalation zu stoppen, die zu einem totalen Krieg zwischen imperialistischen Mächten führt, also von jenen aktuell vorherrschenden unter US-Führung und jenen der Schwellenländer und Blöcke, mit dem Risiko von Atomkatastrophen und dem möglichen Einsatz von Atombomben.

Die kürzliche Resolution des Europaparlaments vom 15. Juni, welche die Interessen des europäischen Kapitals beim Wiederaufbau der Ukraine nach Kriegsende vorbereitet, betont, dass „der Frieden als Ergebnis eines Siegs der Ukraine durch die Integration der Ukraine in die NATO und EU“ garantiert werden muss und „beschwört die NATO-Verbündeten, ihr Versprechen für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu erfüllen, und hofft, dass die kommenden Gipfeltreffen in Vilnius und Washington den Weg zu einer Einladung der Ukraine zu der NATO-Mitgliedschaft bahnen“. In dieser Resolution wird die Idee der Neutralität der Ukraine, der die ukrainische Regierung früher zugestimmt hat, zugunsten der Stärkung der NATO-Positionen in Europa in den Müll gekippt, und gleichzeitig wird mit allen möglichen Mitteln eine militärische Eskalation des Konflikts vorangetrieben. Leider gab es auch Linke, die für diese Resolution gestimmt haben.

Die wirklich realistische Lösung für den Krieg beginnt damit, das Gerede von der militärischen Eskalation zu verurteilen durch eine Stellungnahme der internationalen Gemeinschaft, die das mörderische Spiel zwischen den USA / EU und andererseits Russland ablehnt. In der Stellungnahme müssen ein sofortiger Waffenstillstand und der Beginn von Verhandlungen für einen Friedensplan, wie ihn Lula da Silva vertreten hat, gefordert werden.

So sieht der Kampf für Frieden aus, den eine mit den Völkern solidarische Linke auf einer Linie der Unabhängigkeit in jeder Instanz oder jedem Organ führt, in dem Bewusstsein, dass die Arbeiter\*innen mit dem Krieg nichts zu gewinnen haben. Ein Kampf für Frieden mit der Losung „Putin raus aus der Ukraine, NATO raus aus Europa“.

Unter dem Schirm des Kriegs in der Ukraine spitzt sich der soziale Krieg in der EU zu. Die Demonstrationen in mehreren französischen Städten gegen den Polizeimord am 17-jährigen Nahel zeigen das tiefe soziale Problem, das um so größer wird, je mehr Macrons Neoliberale ihre Angriffe auf die Rechte und Einkommen einer immer mehr prekarierten, diskriminierten und benachteiligten Bevölkerung verstärken, was sich auch auf Nord- und Südeuropa ausbreitet.

Der soziale Krieg konkretisiert sich in den allgemeinen und realen Lohnkürzungen durch Inflation und ständig steigende Lebenshaltungskosten, im Angriff auf die Arbeitnehmerrechte, ungeschützte Arbeitsverhältnisse und Über-Methoden, durch Verschlechterung des öffentlichen Dienstes (d.h. des indirekten Lohns) und des Rechts auf eine angemessene Wohnung, in der „Transformation“ der Klimaschutzziele zu Quellen für neue Geschäfte, statt die Energieerzeugung gestützt auf fossile Quellen drastisch zu kürzen.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) im Gefolge des Maastricht-Vertrags diente der europäischen neoliberalen Elite als Instrument, um restriktive Staatshaushalte zu diktieren, den Sozialstaat zu zerschlagen und die Öffnung des öffentlichen Dienstes sowie der Sozialversicherungen für die Privatwirtschaft zu beschleunigen. Die Europäische Zentralbank (EZB) baut einen Mechanismus auf, der eine direkte Einmischung in die Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitik derjenigen Länder ermöglicht, die nicht die SWP-Kriterien erfüllen. Damit werden die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, die dieser Maßnahme zustimmen, in die Enge getrieben und verzichten auf eine souveräne Politik, die den Interessen der Arbeitnehmer\*innen und der Mehrheit ihres Volkes dienen könnte.

**„Es muss  
alles getan  
werden, um  
die Eskalation  
zu stoppen.“**

Sich Illusionen über die Möglichkeit zu machen, diese Politik durch das Handeln der EZB und ihrer Präsidentin Christine Lagarde zu kippen, ist gefährlich und erschwert den Kampf der Linken. Die Zinssätze werden weiter raufgesetzt – mit negativen Folgen für alle, die von ihrem Lohn/Entgelt oder ihrer Rente leben. Das betrifft besonders die Rückzahlung der Immobilienkredite. In ihrer letzten Rede auf dem Treffen der Präsidenten der Zentralbanken in Sintra hat Frau Lagarde den Arbeitnehmer\*innen geantwortet, die Tarifierhöhungen als Schutz gegen die Inflation wollen. Die EZB-Präsidentin will die Löhne für die ange-

kündigte Fortdauer der Inflationskrise verantwortlich machen, statt auf die ständig wuchernden Profite der großen Wirtschaftskonzerne und Banken zu schauen.

Tatsächlich widerlegen die eigenen EZB-Vorhersagen dieses Argument, weil sie durchschnittliche Lohnerhöhungen in der Eurozone von 14% bis 2025 erlauben, während die bis zu dem Datum angesammelte Inflation von der gleichen EZB auf 20% geschätzt wird. Anders gesagt sind die Lohnerhöhungen ständig niedriger als die Inflation, was Reallohnverlust bedeutet, und es ist offenkundig falsch, die Löhne für die Krise verantwortlich zu machen.

In Wirklichkeit geht es Christine Lagarde darum, weitere Zinserhöhungen zu rechtfertigen, d. h. die Transfers an das Finanzsystem zu erhöhen, indem sie die Arbeit angreift und versucht, die skandalösen Gewinne zu verschleiern, die die Krise in den größten Wirtschaftsgruppen und Banken hervorbringt. Ziel ist es, ein rezessives wirtschaftliches Umfeld zu schaffen, das zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führt, indem der Druck zur Lohnsenkung erhöht wird.

Die Zentralbanken verhalten sich in der Wirtschaft nicht neutral, sie geben vor, dem „Gemeinwohl“ zu dienen. In Wahrheit sind sie entscheidende Waffen im Klassenkampf des Kapitals gegen die Arbeit. Deshalb gewährt man ihnen „Unabhängigkeit“ gegenüber Wahlen und verschont sie vor weiterem demokratischen Kram. Ihre Sprache scheint rein „technisch“ und „wirtschaftlich“ zu sein – was aber nicht stimmt. Es ist die Sprache des aktuellen sozialen Krieges.

Es kommt grundlegend darauf an, die linken Kräfte in diesem sozialen Krieg zu vereinen: im Kampf gegen Lohnverluste, für die Verteidigung der Arbeitsrechte. Das geht einher mit der Forderung nach Maßnahmen gegen die Klima- und Umweltkatastrophe, und einem Bündnis für die Frauenrechte, mit LGBTQIA+ und Antirassisten, und indem in die sozialen Bewegungen der Kampf für Frieden, gegen die von der euro-atlantischen Achse gepredigte militärische Eskalation, mit aufgenommen wird. Auf allen Ebenen entstehen Elemente des Ungehorsams gegenüber der EU mit ihren Verträgen, und der sozialen Konfrontation mit der neoliberalen Elite. Sie bilden ein wesentliches politisches Element für den Widerstand, den Kampf gegen die Rechtsextremen und den Populismus – für den Aufbau einer politischen und sozialen Alternative.

# Rede von Marcus Staiger

## Heizung, Brot und Frieden Berlin



Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bin von *Heizung, Brot und Frieden*. Wir haben mehrere große Demos organisiert und zuletzt Proteste gegen Air Defender23, dem größten NATO-Luftmanöver seit Bestehen der NATO. Diese Proteste waren sehr klein und sind ein Zeichen dafür, dass die Friedensbewegung in der Krise steckt, dabei wäre eine starke Friedensbewegung heutzutage wichtiger als je zuvor. Denn das weltweite kapitalistische System steckt in der Krise und das merken wir jeden Tag. Das merken wir daran, dass die Verhältnisse zunehmend gewalttätiger werden und immer mehr Politikerinnen und Politiker der Meinung sind, dass die derzeitigen Probleme nur noch gewaltsam zu lösen sein werden. Krieg und Militarisierung werden immer populärer – sei es international, national und nicht zuletzt auch an den Außengrenzen Europas.

Die Möglichkeit von direkten kriegerischen Auseinandersetzungen mit Russland und China werden immer wahrscheinlicher und schon heute medial vorbereitet.

Die Militarisierung nach innen, mit immer mehr Polizei und Repression gegen die eigene Bevölkerung nimmt kontinuierlich zu, wie wir zuletzt an den Ereignissen aus Frankreich gesehen haben.

Die Militarisierung an den Außengrenzen Europas wird ausgebaut. Geflüchtete lässt man vorsätzlich ertrinken. Diktaturen werden bezahlt, wenn sie Europa die Flüchtlinge vom Hals halten. An den Außengrenzen Europas sollen riesige Gefängnisse gebaut werden, wo die Ärmsten der Armen aufgehalten werden sollen.

Politisch ist es genauso. Alle Zeiten stehen auf Krieg und die extreme Rechte ruft zum finalen Kulturkampf gegen den globalen Süden im In- und Ausland auf.

Wir steuern auf extrem stürmische Zeiten zu und ich sehe nicht, wie das kapitalistische System diese Herausforderungen bewältigen will, ohne Krieg und Zerstörung, ohne Gewalt und Barbarei.

Dieser Barbarei, dieser Gewalt, diesem Militarismus müssen wir uns entgegenstellen. Insofern ist es wichtig, dass wir Ideen entwickeln, die über die Probleme unserer Zeit hinausweisen und in der Lage sind, dieses kapitalistische System über den Haufen zu werfen.

Wie aber sollen wir diese Ideen verbreiten? Wie sollen wir das angehen? Und auch das ist ja eine Frage, die auf dieser Konferenz gestellt wird. Wie gelingt es uns, uns mit den Arbeiterinnen und Arbeitern, den Arbeitslosen, den Rentnerinnen und Rentnern, den Schülerinnen und Schülern zu verbinden, damit unsere Ideen tragfähig werden.

Konferenzen sind das eine, die tägliche Arbeit in den Nachbarschaften ist das andere. Konkrete Angebote und konkrete Hilfestellungen sind wichtig. Die Tradition der Arbeitervereine muss wieder belebt werden und die Tradition der Arbeiterschulungen ebenfalls.

Denn ansonsten passiert das, was wir ebenfalls bei den Jugendprotesten der letzten Wochen in Frankreich beobachten konnten. Die Wut ist groß. Die Bereitschaft, sich zur Wehr zu setzen gegen die Verhältnisse, ist ebenfalls groß. Die Gedanken in den Köpfen der randalierenden sind allerdings diffus und eine revolutionäre Führung fehlt komplett. Um diese aufzubauen, brauchen wir Zeit und Vertrauen.

Von beidem ist viel zu wenig da. Ein Grund mehr, sofort damit anzufangen.

Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Wir müssen eine revolutionäre Organisation aufbauen, die in der Lage ist, Antworten zu formulieren. Das müssen wir aufbauen. Gemeinsam. International. In vielen Ländern. Koordiniert. Die Zeit drängt. Also let's go.

Ansonsten droht uns das, was Rosa Luxemburg schon einmal formuliert hat: Sozialismus oder die Barbarei.

Ich bin für Sozialismus.



Berlin, 3. Oktober 2022: Demonstration und Kundgebung des Bündnisses „Heizung, Brot und Frieden“ mit ca. 1.500 Teilnehmenden



# Rede von Pierre Bonnier

## Student an der Universität Nanterre, Frankreich

Guten Tag, ich heiße Pierre, bin 21 Jahre alt und Student in Nanterre in Frankreich.

Wie Ihr alle wisst, führen Moskau und Washington seit nunmehr 500 Tagen gegeneinander Krieg. Mit der makabren Folge, dass bereits 300.000 Soldaten gefallen sind. Wieviel davon waren Jugendliche?

Die wirtschaftliche Folge ist die Zunahme der Inflation. berall in Europa steigen die Preise, man geht den europäischen Arbeiter\*innen an die Gurgel, um einen Krieg zu finanzieren, den niemand von uns will. Das trifft besonders die Jugend, es ist normal in unserer Gesellschaft geworden, dass jung sein arm sein bedeutet. Das gilt auch für die Student\*innen, von denen die Hälfte neben dem Studium arbeiten muss. Während Covid wurde der Preis für eine Mahlzeit in der Mensa auf einen Euro gesenkt. Dies wurde aber danach wieder rückgängig gemacht, um so 90 Millionen Euro einzusparen. Denn, man hat ja kein Geld. Aber für die 413 Milliarden für den Krieg, die das Parlament beschlossen hat, ist Geld da. Seht Euch die langen Schlangen vor den Tafeln an, viele dort sind in meinem Alter.

Ganz besonders von Armut betroffen sind die französischen Banlieus (Vorstädte). So ist die Pariser Banlieu Seine-Saint-Denis das jüngste und zugleich das rmste Département Frankreichs. In den Banlieus sind die öffentlichen Dienste immer weniger prsent, und die es noch gibt werden finanziell ausgeblutet. Die Republik lässt diese Franzosen nach und nach fallen, die zum größten Teil aus unserem ehemaligen Kolonialreich stammen. Nur ein Teil des Staatsapparats macht sich vor Ort mehr und mehr bemerkbar: die Polizei. Als am 27. Juni der 17-jährige Nahel genau in Nanterre, 600 Meter von meiner Universität entfernt, exekutiert wurde, machte das schnell in den sozialen Netzen die Runde. Eine fürchterliche Frage stellte sich für viele Mitbürger: wie viele Nahels wurden wohl nicht gefilmt? Die Polizei war es, die Macron während der Bewegung der Gelbwesten an der Macht gehalten hatte. Die französische Polizei ist noch weit repressiver als die Polizei sonst in Europa. Und das bevorzugte Betätigungsfeld für die Gewaltexzesse dieser Staats-Polizei sind die Banlieus. Durch die Polizei Verletzte oder gar Getötete, das ist in Frankreich an der Tagesordnung. Das ist eine Klassenentscheidung: der Staat zieht es vor, seine Jugend zu verheizen statt in den öffentlichen Dienst zu investieren.

Das führt uns zu folgender Frage: Wer ist für die aktuelle Situation verantwortlich?

In ganz Europa werden die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften umgesetzt, indem die reaktionärsten Positionen übernommen werden. Die europäischen Regierungen sind bereit, zu den schlimmsten Schandtaten zu greifen, um die alte Ordnung aufrechtzuerhalten. In Frankreich bezeichnet Alliance, die größte Polizeigewerkschaft, die Bewohner der Banlieus jetzt als „Schädlinge“.

Die schlimmsten rassistischen Beschimpfungen ergießen sich über Berufsgruppen, die sich doch in der Corona-Krise als unverzichtbar erwiesen haben. In einer Krise, in der die Jugend zwei Jahre lang zu Hause weggesperrt wurde.

Und mit der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 64 Jahre raubt uns die Regierung weitere zwei Jahre unseres Lebens. In der Bewegung dagegen war die Jugend sehr engagiert und war sehr großen Repressalien ausgesetzt. Die Tatsache, dass die Banlieus sich gerade am Ende dieser historischen sozialen Bewegung erheben, zeigt den Grad des Klassenbewusstseins

und der Motivation in dieser Bevölkerungsschicht.

**Die Armee und die Polizei sind es, die in immer heftigerer Weise eine Jugend unterdrücken, der man die Zukunft nimmt.**

Die Repression der Polizei wird immer wilder. Statt mit sozialen Maßnahmen zu antworten zieht es die Regierung vor, die Daumenschrauben anzuziehen. Dies zeigt sich an den bisher unbekanntenen Methoden der Repression gegen die ökologische Bewegung. Es zeigt sich an der beabsichtigten militärischen Kasernierung der Oberschler\*innen. Für Lehrer, die sie das Denken lehren sollen, ist kein Geld da, aber sehr wohl für Militärs, die sie Gehorchen lehren sollen. Man kann durchaus fragen: mit einer rassistischen Polizei, einer Regierung, die die Wut in der Jugend und in den Banlieus anstachelt, und diesem Militärdienst: wohin geht Frankreich? Will die Regierung einen sozialen Zusammenstoß provozieren?



Aber weiter: Die Teilnahme an diesem Militärdienst ist ein Auswahlkriterium für den Zugang zur Hochschulbildung. Denn Jahr für Jahr wird Hunderttausenden Jugendlichen der Zugang zur Uni verweigert, weil die Regierung die Studienplätze reduziert. Deshalb war die studentische Jugend in den letzten Monaten enorm mobilisiert, um im Rahmen der Ablehnung der Rentenreform gegen die Regierung zu kämpfen.

So muss man den Willen, dafür zu sorgen, dass die Jugend spürt, im Zusammenhang mit der Reaktion der französischen Regierung auf den Tod von Nahel sehen.

**Diese Regierung und ihre Justiz verüben ein Staatsverbrechen.**

Zur Erinnerung: der 17-jährige Nahel wurde mit einer Polizeikugel in den Kopf exekutiert, weil er sich nicht fügen wollte. Es ist daher nicht erstaunlich, dass die Jugend dieser Stadtviertel so heftig reagiert hat. Ebenso wenig darf man sich wundern, wenn eine so sehr benachteiligte Bevölkerung Lebensmittelläden plündert. Die Jugend wegen dieser Ausschreitungen anklagen? Wo die Regierung nichts als Gewalt ihr gegenüber kennt! Soziale Gewalt! Die Gewalt des Krieges, den sie in der Ukraine führt, mit all seinen Konsequenzen! Die Gewalt der Repression, wenn die Jugendlichen sich weigern, das Schicksal, das man für sie vorgesehen hat, anzunehmen! Mit einem Kommunik haben 100 politische und gewerkschaftliche Organisationen und Verbnde zu einem Marsch zu Ehren von Adama Traor aufgerufen, einem anderen 2016 durch Polizeigewalt Gestorbenen aus den Banlieus.

Die Demonstration wurde verboten. Ein weiteres Symbol der Unterdrückung. Und gerade in diesem Moment wird in Paris wieder demonstriert. Ein Symbol des Widerstands.

# Beitrag von Lida Dodou

## Regionalrätin bei Antarsia in Zentralmakedonien, Internationales Komitee der Neuen Linken Strömung (NAR), Griechenland

Diese Konferenz trägt dazu bei, einen Gedanken und einen Slogan – gegen den Krieg/gegen den sozialen Krieg – in den Vordergrund zu rücken, der von entscheidender Bedeutung ist, da der Krieg in der Ukraine seit anderthalb Jahren andauert und es daher wichtig macht, die Anti-Kriegs-Bewegung zu stärken. Wer glaubte, dass das Ede des Krieges bald kommen würde, wurde eines Besseren belehrt. Und es hätte nicht anders sein können, denn dieser Krieg ist eine Eskalation der seit Langem andauernden Auseinandersetzungen in dem Gebiet, das aus Regionen von Osteuropa bis nach Ostafrika besteht. Diese Zusammenstöße sind lediglich der militärische Ausdruck der größeren Konkurrenz im Wirtschaftsbereich. Solange sich diese kapitalistische Krise verschärft – eine Krise, die unvermeidlich war, da sie den Kern des kapitalistischen Systems bildet –, werden auch die militärischen Gegensätze zunehmen.

Dieser Krieg ist kein gerechter Krieg, und zwar von keiner der beteiligten Seiten. Es ist ein imperialistischer Krieg und dort prallen zwei Fronten aufeinander; auf der einen Seite die USA und ihre Verbündeten, wobei die EU am loyalsten ist, auf der anderen Seite Russland und seine Unterstützer, zu denen Länder wie China oder die BRICS gehören, die darauf abzielen, die amerikanische Hegemonie herauszufordern. Einerseits verfolgte Russland eine imperialistische Politik, die darauf abzielte, die Interessen seiner Bourgeoisie zu fördern, und nutzte dabei die sogenannte „Entnazifizierung“ nur als Vorwand. Andererseits kann die Beteiligung der Ukraine, die Operationsgebiet der Streitkräfte vieler imperialistischer Länder ist und ihr Land und ihre Schlüsselinfrastruktur privaten Monopolen überlässt, kaum als „gerechter Krieg für Freiheit und Unabhängigkeit“ bezeichnet werden. Von beiden Seiten wird das Volk in die Schlachten geworfen und als entbehrlich behandelt, damit das Kapital Gewinne erzielen und die Herrschaft über Einflussbereiche erlangen kann.

Die Linke muss Nein sagen zum Krieg und Nein zum sozialen Krieg, den die Bourgeoisien gegen die Arbeiterklasse führen und dabei den militärischen Krieg ausnutzen. Von der russischen Opposition bis zu den französischen Demonstranten nutzen die Regierungen den Krieg, um politische Opposition zu unterdrücken. Dies zeigt sich besonders deutlich in der EU, deren Bevölkerung stark von der Entscheidung ihrer Regierungen beeinflusst wird, sich vollständig den Interessen

der USA zu ergeben, zum Nachteil der Menschen, die unter dem Preisanstieg, der exorbitanten Inflation und der ständigen Bedrohung durch den Krieg gelitten haben. Der griechische Fall ist ein typisches Beispiel. Während die Regierung das Militärbudget erhöht hat, um die Versorgung der Ukraine mit Armeematerial zu unterstützen, hat sie die sozialen Belange so vernachlässigt, dass dadurch Menschen ihr Leben verlieren, so wie ein Mensch im Zentrum von Athen sterben kann, weil es an Krankenwagen mangelt.

Aufgrund des Ziels der Regierungen sowohl der Neuen Demokratie als auch der vorherigen Syriza, als engster Verbündeter der USA in der Region wahrgenommen zu werden, unternimmt Griechenland imperialistische Expeditionen, zum Beispiel nach Saudi-Arabien, in der Hoffnung – natürlich vergeblich –, einen Vorteil zu erlangen im Falle eines Konflikts mit der Türkei – ein Konflikt, den es ständig fördert und provoziert und der nur der Bourgeoisie beider Länder dient. Gleichzeitig erzielt die griechische Bourgeoisie, insbesondere die Reeder, dank des Krieges unvorhergesehene Gewinne. Sie transportieren russisches Öl und umgehen damit die Sanktionen, die nur die arbeitenden Menschen treffen, die es sich nicht leisten können, ihre Häuser zu heizen. Der Ölaustausch zwischen russischen und griechischen Schiffen findet ironischerweise an derselben Stelle im Ionischen Meer statt, wo sich vor einem Monat eines der schrecklichsten Schiffsunglücke ereignete, bei dem mindestens 500 Migrant\*innen ums Leben kamen, die vor den Kriegen fliehen wollten, die Europa ihren Ländern gebracht hat.

Wir müssen gegen jeden Krieg kämpfen. Wir müssen in erster Linie dafür kämpfen, das imperialistische Gebilde zu besiegen, an der unser eigener Staat beteiligt ist, für die meisten europäischen Länder sind das die NATO und die EU. Die revolutionären kommunistischen Kräfte müssen danach streben, die Brüche in den Prozessen auszunutzen, die der Krieg verursachen kann, denn andernfalls wird die Radikalisierung die Form der extremen Rechten annehmen. Es ist von entscheidender Bedeutung, für zeitgemäßen Frieden, Land und Brot zu kämpfen, damit jeder in Würde leben kann. Es ist zwingend erforderlich, dass die revolutionäre Linke sich gegen die Politik stellt, die unser Leben zerstört, und nicht zwischen imperialistischen Polen oder den Administratoren des Systems wählt.

Deshalb müssen wir uns gegen den imperialistischen Krieg und den sozialen Krieg stellen, den die Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse führt, und für den antikapitalistischen Sturz des Systems und den Aufbau einer neuen kommunistischen Gesellschaft kämpfen.

Madrid, 26. Juni 2022: Internationale Demonstration (gegen den NATO-Gipfel), an der auch Genoss\*innen der NAR teilgenommen haben





# Rede von Andreas Kutsche

## Bündnis für Frieden, Brandenburg an der Havel

Liebe Friedensfreunde!

Wir haben schon das Bündnis „Was tun?!“ gehört – dafür steht unser Bündnis. Was tun!

Das Bündnis für Frieden hat sich im letzten Jahr zusammengefunden. Entstanden ist es aus friedensbewegten linksorientierten Personen, Gewerkschaftern, aufstehen, DKP-Mitgliedern und enttäuschten von Die Linke aus der Stadt Brandenburg und Umgebung.

**Unsere Haupt-Ziele sind:**

**Sofortiger Frieden! Eine sofortige Waffenruhe! Den atomaren Weltkrieg verhindern.**

Ein Frieden umfasst den äußeren und den inneren (den sozialen) Frieden.

Unser Bündnis organisierte verschiedene Demonstrationen, zuletzt eine Protestkundgebung gegen den Tag der Bundeswehr und Air-Defender im Juni mit ca. 1.000 Teilnehmenden. Außerdem halten wir 14-tägig Mahnwachen ab. Der Tag der Bundeswehr diente natürlich auch der zunehmenden Militarisierung und selbst Kleinkinder durften mal ins Kriegsgerät klettern.

Als Gewerkschafter treibt mich die Frage um, wie wir es schaffen, die Verantwortlichen, die den Krieg, die Aufrüstung und Waffenlieferungen befürworten, umzustimmen. Unsere Gewerkschaften, gehörten nach dem 2. Weltkrieg zu den Ersten der Friedensbewegung.

Wie gelingt es uns, dass wir auch heute wieder in den Gewerkschaften darüber diskutieren? Dass nicht einfach der demagogischen Politpropaganda gefolgt wird, wie sie in den Medien Einzug hält?

Die sozialen Verwerfungen als Folge der Sanktionen – oder anders gesagt als Folge des Wirtschaftskriegs – zu verbinden, wird von den hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären viel zu wenig bis gar nicht in Betracht gezogen.

Die aktuellen Tarifkämpfe endeten mit massiven Reallohnverlusten!

Während die Menschen immer mehr Geld für ihr tägliches Leben ausgeben müssen, bereichern sich die Konzerne, in dem sie diese Krise schamlos ausnutzen. Doch der Staat unternimmt diesbezüglich nichts. Staatlich verordnet werden massive Etatkürzungen im sozialen Bereich, damit die Rüstungsmilliarden finanziert werden.

**Schlagzeilen wie diese:**

- kein Geld für arme Kinder
- Kürzung des Elterngeldes
- Zerschlagung der Deutsche Bahn
- Kürzungen beim Bus- und Bahn-Angebot
- Konzernprofite befeuern Reallohn- und Kaufkraftverlust

**sollten alle wachrütteln und nicht nur uns!**

Völlig unkommentiert blieb ein Zitat des NATO-Generalsekretärs Stoltenberg, welchem Bundeskanzler Scholz sogar zustimmte:

**„Wenn sie mehr für Verteidigung ausgeben, ist weniger für Gesundheit, Bildung und andere wichtige Dinge da.“** (19.06.23, ARD tagesschau)

Da erwarte ich von meiner Gewerkschaft, dass sie sich klar dagegen positioniert und zu Großdemonstrationen gegen den Krieg und für Friedensverhandlungen aufruft. Sie darf den Rüstungsmilliarden nicht mehr zustimmen. Denn es wird kein Sondervermögen in gleicher Höhe für Krankenhäuser, Schulen und Kitas geben.

Ich bin Betriebsratsvorsitzender in einem Universitätsklinikum. Die Regierung will mit einer „Gesundheitsreform“ unsere ca. 1.900 Krankenhäuser zersetzen. Denn wie Stoltenberg bereits sagte, wer mehr für Aufrüstung ausgibt, hat weniger für Gesundheit übrig.

Aktuell können wir nur errahnen, wohin die Reise geht. Eines ist aber klar, abermals muss die lohnabhängige Klasse die Zeche / den Preis bezahlen.

Deswegen lasst uns in jeder Stadt und jedem Landkreis Friedensbündnisse gründen, lasst uns europaweit vernetzen, die Menschen wachrütteln und eine starke gewerkschaftliche Kampfkraft entwickeln!

Venceremos!

*Das Bündnis für Frieden Brandenburg an der Havel und Umgebung hat am 17. Juni eine Protestkundgebung gegen die NATO-Luftwaffenübung Air Defender 23 organisiert, an der circa Tausend Menschen teilgenommen haben*

**BÜNDNIS FÜR FRIEDEN**  
Brandenburg an der Havel und Umgebung

**Keine Bomber über unseren Köpfen!**  
**Kein Werben fürs Sterben!**

**PROTESTKUNDGEBUNG**  
**Samstag, 17. Juni 2023, 13:00 Uhr**  
Franz-Ziegler-Str. 28 (Alte Feuerwache)  
Brandenburg an der Havel

**Friedensaktivisten kommen zu uns u.a. aus:**  
Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern,  
Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.  
**Redebeiträge u.a. von:**  
Christian Leye, Dr. Alexander Neu, Reiner Braun, Gotthard Krupp  
**Moderation:**  
Jutta Kausch-Henken

**Musikalische Umrahmung**  
Linda Kraenkova und Tino Eisbrenner

© 2023 Bündnis für Frieden. Alle Rechte vorbehalten. | Brandenburg an der Havel  
www.buendnis-fuer-frieden.de | www.facebook.com/buendnisffh

# Rede von Jérôme Legavre

**Mitglied der POI und Abgeordneter der LFI für Seine-Saint-Denis (Region Paris), Frankreich**



Liebe Genossen, guten Tag,

ich grüße alle Genossen, die an dieser Konferenz teilnehmen, die mir angesichts der Situation, in der wir uns heute befinden, sehr wichtig zu sein scheint. Ich komme gerade von einer Demonstration in Paris. Die französische Regierung, die Regierung Macron, hat es gewagt, diese zu verbieten. Und ich sage, das war einmal zu viel.

Diese Demonstration stand in einem Zusammenhang, der Euch bekannt sein dürfte, den ich aber in wenigen Worten in Erinnerung bringen möchte. Am 27. Juni wurde Nahel, ein 17-jähriger junger Mann aus einem der zahlreichen Banlieues von Paris, getötet. Ich betone, er war 17 Jahre alt. Er wurde getötet, nein, von einem Polizisten ermordet. Dieser Mord an einem 17-jährigen Jugendlichen provozierte sofort im ganzen Land eine große Empörung und eine wahre Explosion der Revolte und der Wut. Das ist leicht zu erklären, denn solche Nahels gibt es viele, viel zu viele. Dutzende Jugendliche wurden in den letzten Jahren unter ähnlichen Umständen exekutiert, ermordet durch Polizisten.

Der Wutausbruch, der in unserem Land mehrere Tage anhielt und zahlreiche Städte erfasste, und nicht nur die Armenviertel, wurde durch diese Regierung sehr hart und brutal unterdrückt.

Heute fand in Paris eine Demonstration statt, zu der ein Komitee mit dem Namen „Vérité et Justice pour Adama“ („Wahrheit und Gerechtigkeit für Adama“) aufgerufen hat. Wer war Adama? Auch er war eines der Aber-Dutzenden Opfer der Repression und der Gewalt des Staates. Er wurde 2016 durch die Polizei hingemordet. Seither sucht seine Familie nach der Wahrheit und fordert Gerechtigkeit. Das Komitee „Vérité et Justice pour Adama“ organisiert jedes Jahr eine Demonstration. Und immer laufen diese Demonstrationen vollkommen friedlich ab. Aber in diesem Jahr wurde sie, obwohl es keine Anzeichen für irgendwelche Risiken gab, von der Regierung Macron einfach verboten. Dieses Verbot fügt sich ein in eine Reihe Dutzender weiterer Demonstrationsverbote in den letzten Wochen und Monaten.

Wie Ihr sicherlich wisst, sind erst vor kurzem Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter zusammen mit ihren Gewerkschaftsorganisationen gegen die Rentenreform von Emmanuel Macron auf die Straße gegangen.

Diese Reform hat Macron, ohne die geringste parlamentarische Mehrheit, durchgepeitscht. Und Demonstrationen dagegen niederknüppeln lassen.

Also, das Verbot der Demonstration von heute reiht sich ein in viele weitere Verbote. Aber dank der Cleverness ihrer Organisatoren konnten wir doch demonstrieren, und das ist etwas, was ich für sehr bedeutend halte.

Wir haben eine Regierung, die – wie ich schon sagte – nichts anderes als den Rückgriff auf Gewalt kennt, um ihre anti-demokratische und arbeiterfeindliche Politik durchzusetzen. Diese selbe Regierung hat vor einigen Wochen das Gesetz zur Militärplanung in der Nationalversammlung verabschiedet lassen.

Es beinhaltet Rüstungsausgaben von 413 Milliarden Euro für die nächsten sechs Jahre. 413 Milliarden für die Armee, 413 Milliarden für den Krieg. Die parlamentarische Gruppe *La France Insoumise*, der ich angehöre, hat gegen dieses Gesetz zur Militärplanung gestimmt. Und diese Regierung liefert heute immer mehr Waffen in der Ukraine, um ihren Einfluss innerhalb der Nato zu verstärken.

Ich gebe Euch nur ein Beispiel, damit Ihr seht, warum diese 413 Milliarden nicht zu akzeptieren sind. In meinem Wahlkreis leben heute Hunderte Mitbürger in Kellern. 413 Milliarden für den Krieg, aber für Wohnungen, für den öffentlichen Dienst – nichts. Wenn also Macron uns sagen will, es gebe keine andere Lösung als immer mehr Waffen zu liefern und immer mehr Geld in die Rüstung zu stecken, und dass dies der einzige Weg hin zum Frieden sei: kein Vertrauen in diese Regierung! Die einzig mögliche Lösung ist der Kampf Seite an Seite gegen die Regierungen, die uns unterdrücken – bei uns die Regierung Macron. Ein letztes Wort zum Abschluss: Bleiben wir in Verbindung in dem gemeinsamen Kampf, den wir begonnen haben.

Ich danke Euch.

## Grußadresse von Ophélie Sauger, POI-Aktivistin, stellvertretende Abgeordnete der LFI, Frankreich

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich habe Euren Aufruf zur Konferenz gegen den Krieg am 8. Juli zur Kenntnis genommen.

Ich hatte als POI-Aktivistin, stellvertretende LFI-Abgeordnete und Initiatorin des Aufrufs „Stopp dem Krieg“ an der Konferenz [am 4. März] in Berlin teilgenommen.

Ich stehe daher voll und ganz hinter Eurer Initiative, sich um den Waffenstillstand bezüglich des Krieges in der Ukraine zu gruppieren, und unterstütze sie vollkommen.

Mit solidarischen Grüßen

*Ophélie Sauger*

## Grußadressen von Versammlungen von Unterstützer\*innen des Aufrufs „Stopp dem Krieg“ in Frankreich

Der im Dezember 2022 veröffentlichte europäische Aufruf „Stopp dem Krieg“ hat in vielen Ländern Europas eine breite Resonanz gefunden, insbesondere auch in Frankreich. Unterzeichner\*innen dieses Aufrufs haben in zahlreichen Städten und Regionen Frankreichs zwischen März und Juni 2023 Versammlungen zu dem Aufruf durchgeführt. Auf



## Rede von Marielle Leraand

### Initiative „Fred og Rettferdighet“, Norwegen

**Die FOR (Fred og Rettferdighet, dt. Frieden und Gerechtigkeit) ist eine neu gegründete Organisation in Norwegen, die sich zum Ziel gesetzt hat, vor den nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2025 eine registrierte Partei zu werden.**

Liebe Genossinnen und Genossen, Friedensaktivisten!

Wie allgemein anerkannt ist, hat die gegenwärtige Weltlage viele Ähnlichkeiten mit der Situation kurz vor dem Weltkrieg. Das Problem ist, dass die regierenden Politiker und Mainstream-Medien in Norwegen, wie in weiten Teilen des Westens, Vergleiche mit dem falschen Weltkrieg anstellen. Die heutige Situation ist *nicht* mit der von 1939 vergleichbar. Das Russland von Wladimir Putin erinnert nicht an Hitlers Drittes Reich. Und die Ukraine und die NATO sind es auch nicht, obwohl das derzeitige ukrainische Regime einige der schlimmsten lokalen Nazi-Kollaborateure als Nationalhelden feiert.

Die Vergleiche mit dem Zweiten Weltkrieg sind Teil der Kriegspropaganda beider Seiten, die zu einer ähnlichen Situation wie kurz vor dem Ersten Weltkrieg führen. Die Propaganda auf Seiten des NATO/ukrainischen Regimes weist zu Recht auf Russland als autoritäre nationalistische und imperialistische Bedrohung hin, so wie die deutschen Propagandisten das Russland von Nikolaus II. zu Recht in ähnlicher Weise darstellen könnten. Das Problem ist, dass, so wie die deutschen Propagandisten Deutschlands eigene imperialistische Gräueltaten und Pläne ignorierten, während sie die Bevölkerung gegen die russische Bedrohung mobilisierten, so tun dies auch die NATO-Propagandisten heute. Die Zerstörung Jugoslawiens, des Iraks, Libyens und Syriens durch illegale westliche Angriffskriege ist ebenso ein Grund für den aktuellen Krieg in der Ukraine, wie die imperialistischen Ambitionen Deutschlands, verbunden mit dem Völkermord in Namibia, ein Grund dafür waren, dass die Balkankrise 1914 in einen Weltkrieg ausartete.

Sich auf die richtigen historischen Analogien zu stützen, ist eine Frage von Leben und Tod. So sehr es 1939 keine Alternative zum militärischen Kampf gab, um die Ausbreitung der völkermörderischen Regimes des Antikominternpaktes zu stoppen, hätte die Welt, die 1914 und deren langfristige Auswirkungen auch zu dem 1937/39 begonnenen Krieg führten, durch Generalstreikaktionen der organisierten internationalen Arbeiterbewegung verhindert werden müssen und können. Das Versäumnis, dies zu tun, kann zu einem großen Teil auf

die Wirksamkeit der Kriegspropaganda auf beiden Seiten zurückgeführt werden, die Teilaspekte der Wahrheit effektiv ausnutzte, um die Gegenseite zu dämonisieren, während die Wahrheiten ignoriert wurden, die zeigen, dass unsere Seite gleichermaßen imperialistische und illegitime Ambitionen hegt. Um einen ähnlichen Fehler zu vermeiden, müssen wir immer darauf bestehen, das Gesamtbild in unsere Analyse einzubeziehen. Deshalb müssen wir den Begriff „What-aboutism“ immer verwerfen, der weit verbreitet ist, um zu versuchen, den Rahmen der Analyse auf das zu beschränken, was den aktuellen Bedürfnissen unserer Propagandisten entspricht.

Das Versäumnis, solche Konzepte in Frage zu stellen, und die künstlichen analytischen Einschränkungen haben leider die parlamentarische Linke in Norwegen belastet, die aus diesem Grund der NATO-Propaganda zum Opfer gefallen ist, so wie die parlamentarische Linke ihren Propagandisten in Deutschland sowie in Frankreich und Großbritannien am Vorabend des Ersten Weltkriegs zum Opfer gefallen ist. Beide norwegischen Parteien, die der Europäischen Linken angehören, die Sozialistische Linkspartei und die Rote Partei, haben am Ende norwegische Waffenlieferungen an die Ukraine unterstützt. Für die Sozialistische Linke ist es das dritte Mal, dass sie der NATO-Propaganda zum Opfer fällt, nachdem sie zuvor auch die illegalen NATO-Kriege gegen Jugoslawien 1999 und Libyen 2011 unterstützt hatte. Für die Rote Partei, die es 2021 zum ersten Mal über die 4-Prozent-Hürde geschafft hatte und Parlamentssitze gewann, war dies auch das erste Mal, dass sie sich für die

**„Die parlamentarische Linke in Norwegen ist in die Falle der Propaganda der NATO getappt, auf gleiche Weise wie die parlamentarische Linke in Deutschland, aber auch in Frankreich oder Großbritannien am Vorabend des Ersten Weltkriegs.“**

Unterstützung von NATO-Maßnahmen entschied. Wie in weiten Teilen Europas hat auch die norwegische Grüne Partei ihre frühere Friedenshaltung zugunsten einer aktuellen Pro-NATO-Hardliner-Position aufgegeben. Aus diesen Gründen haben diejenigen von uns, die die politische Tradition der antimilitaristischen Arbeiterbewegung aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg fortsetzen wollen, und andere Friedensaktivisten beschlossen, dass wir vor den Parlamentswahlen 2025 eine neue politische Partei gründen müssen.

Wir knüpfen an die politische Tradition der von Finn Gustavsen angeführten Anti-Nato-Bewegung an, die zur Gründung der Sozialistischen Linkspartei führte. Wir sind eine unabhängige norwegische Organisation, die im norwegischen politischen Kontext tätig ist, aber unser Name – Frieden und Gerechtigkeit – und unsere Wahl von Tiefviolett als unsere politische Farbe folgt auf dem Vorbild von Jeremy Corbyn und seiner Bewegung für Frieden und Gerechtigkeit in Großbritannien.

einer Reihe dieser Versammlungen wurden vor der europäischen Konferenz am 8. Juli Grußadressen verabschiedet, so

in Nantes, Lyon, Grenoble, Saint-Denis (93), Saint-Etienne (Loire) und Chambéry.

Diese Grußadressen aus Frankreich sind auf der Webseite der Europäischen Konferenz veröffentlicht unter:

<https://gegendenkrieg-gegendsocialenkrieg.info/2023/08/31/grusadressen-von-versammlungen-von-unterstutzerinnen-des-aufrufs-stop-dem-krieg-in-frankreich/>

# Grußadresse von Robert Weißenbrunner

## 1. Bevollmächtigter der IG Metall Hanau-Fulda

*Die Grußadresse des 1. Bevollmächtigten der Industriegewerkschaft IG Metall Hanau-Fulda in Hessen, Robert Weißenbrunner, verfasst im eigenen Namen, wurde während der Europäischen Konferenz in Auszügen verlesen.*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

(...) Die Zusammenarbeit der Arbeiter- und der Friedensbewegung hat in meiner Stadt Hanau und der Region eine jahrzehntelange Tradition.

Und deshalb war es naheliegend, dass in diesen wilden Zeiten ein gemeinsames Vorgehen von Gewerkschaft und Friedensinitiative in gewerkschaftlichen, sozialen und friedenspolitischen Fragen verabredet wurde.

Als erste gemeinsame Aktion stand im Rahmen der Metalltarifrunde ein geplanter Warnstreik an, der aber politisch über die reine Tarifforderung hinausgehen sollte.

Ein breites lokales Bündnis, bestehend aus verschiedenen lokalen Organisationen, der Gewerkschaften, der Friedensbewegung, Migrantenvereinen, Jugendverbänden und sozialen Bewegungen hatte dann für den 17.11.2022 zu einer öffentlichen Kundgebung und die IG Metall hat die Beschäftigten zeitgleich zum Warnstreik aufgerufen.

Unser gemeinsamer Slogan lautete: „*Statt Durchhalteparolen und Energiespartipps braucht es Frieden und mehr soziale Gerechtigkeit.*“

Neben 8% Entgelterhöhung (für die IG Metall) haben wir uns auf weitere gesellschaftliche Forderungen im Bündnis verständigt. Uns ging es (u.a.) konkret um

- **mehr diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges,**
- **einem Stopp der Aufrüstung der Bundeswehr,**
- **Umwidmung des 100-Mrd.-Aufrüstungspakets in ein Investitionsprogramm für Jugend, Soziales, Umwelt, Gesundheit und Bildung, (...)**
- **(...) aber auch eine Ausweitung der Tarifbindung.**

Über 1.000 Kolleginnen und Kollegen folgten diesem Aufruf (am 17.11.2022). Es sollte aber nicht bei einer einzelnen Aktion bleiben: Wir haben gemeinsam weitere Veranstaltungen organisiert, um auch einen Raum für Diskussion zu schaffen.

Wir haben in Betriebsversammlungen unsere politischen Positionen zur Diskussion gestellt und die Ostermärsche genutzt und dabei auch den einen oder anderen Widerstand aus unseren Strukturen aushalten und auch Konflikte austragen müssen.

Ein weiterer Höhepunkt war dann die Tarifrunde und ein großer Warnstreik im Öffentlichen Dienst, der nach demselben Prinzip wie im Herbst organisiert wurde. Über 2.000 Kolleginnen und Kollegen folgten dem Aufruf (am 22.03.2023) ebenfalls auf dem Hanauer Freiheitsplatz. (...)

Die IG Metall ist seit jeher Teil der Friedensbewegung und gewerkschaftliches Engagement ist immer auch ein Einsatz für den Frieden, für Freiheit, Solidarität, Respekt und Toleranz. (...)

Seit über einem Jahr tobt nun dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg in der Ukraine und er ist eine Katastrophe, insbesondere für die Menschen in der Ukraine und eine



schreckliche Bedrohung für uns alle.

Er hat auch massive Auswirkungen für die abhängig Beschäftigten und wirtschaftlich Schwächeren in Deutschland und weltweit. Lebensmittel und zahlreiche Konsumgüter, Mieten, und vor allem die Energie werden teurer.

Der Krieg droht, sich immer weiter zuzuspitzen sich auch räumlich über die Grenzen der Ukraine hinaus zu bewegen. (...)

Wir sind der Überzeugung, dass eine erfolgreiche und wirksame Friedensbewegung die Gewerkschaften braucht und sie getragen werden muss von der Arbeiterbewegung. (...)

Unsere **Hanauer Konferenz** [Friedenspolitische Gewerkschaftskonferenz am 23./24.06.2023 in Hanau - siehe das Plakat unten, d. Red.] sollte einen Beitrag dazu leisten, dass sich die Gewerkschaften wieder als starke gesellschaftliche Stimme des Friedens und der Diplomatie klarer und eindeutiger positionieren als dies seit Kriegsbeginn in der Ukraine der Fall ist.“



Die Video-Dokumentation der friedenspolitischen Gewerkschaftskonferenz am 23./24.06.2023 in Hanau ist im Internet hier zu finden:

<https://www.igmetall-hanau-fulda.de/aktuelles/meldung/dokumentation-friedenskonferenz>

# Rede von Joscha Mecke

## SDAJ, Mitglied im Bundesvorstand

Vielen Dank für die Organisation von dieser umfassenden und ambitionierten Konferenz, und vielen Dank auch dafür dass ich hier für die SDAJ, also die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, sprechen darf.

In der SDAJ organisieren sich SchülerInnen, Azubis, Studierende, und junge ArbeiterInnen in ganz Deutschland, und in meinem Redebeitrag werde ich vor allem auf die Folgen des aktuellen Kriegskurses für die Jugend eingehen und wie wir uns dagegen wehren.

Was spätestens seit 2015 von deutschen Militärstrategen und Wirtschaftsexperten offensiv gefordert wurde, hat mit der Zeitenwende nicht nur konkrete Gestalt angenommen, sondern wurde seitdem vor allem mit großen Schritten vorangetrieben. Es geht um das „Übernehmen von mehr Verantwortung in der Welt“, das eigenständige Auftreten des deutschen Militarismus, um so auf der ganzen Welt deutsche Wirtschaftsinteressen durchsetzen zu können – im Zweifel mit militärischer Gewalt.

Das ist keine Interpretation von uns als SDAJ, sondern das lässt sich so, oder so ähnlich, in verschiedenen Strategiepapieren der Bundeswehr nachlesen, bspw. im Weißbuch der Bundeswehr.

Um das durchsetzen zu können ist die Bundesregierung zum einen auf die geballte militärische Macht von Bündnis-konstellationen wie die EU oder NATO angewiesen, zum anderen aber auch auf eine starke Bundeswehr und Rückhalt in der Gesellschaft für mehr Aufrüstung, Waffenexporte, und Auslandseinsätze.

Für die Jugend hat das katastrophale Folgen. Die aktuelle Aufrüstung historischen Ausmaßes wird durch Sozialabbau querfinanziert und es ergeben sich dadurch Unterfinanzierung von Bildung, Gesundheit, und Freizeitbereichen, wie wir im neuen Haushaltsplan der Bundesregierung auch deutlich sehen können. Das bedeutet für uns vor allem marode Schulgebäude, Lehrkräftemangel, schlechte Bedingungen in unseren Krankenhäusern und in letzter Konsequenz auch Leistungsdruck in Schule und Ausbildung.

Aber Jugendliche sind auch mit steigender militärischer Propaganda konfrontiert. Die Bundeswehr wirbt in Schulen, Hochschulen, auf Berufsmessen, und im Jobcenter für ihre todsicheren Jobs. Damit werden nicht nur die schlechten Ausbildungsplatzchancen für militärischen Ziele ausgenutzt, sondern es wird auch für mehr Akzeptanz für Auslandseinsätze und Aufrüstung geworben. Die Bundeswehr wird in Schulen eingeladen, um dort in künstlichen und verkürzten Szenarien

für die Alternativlosigkeit von Kriegseinsätzen zu werben. Frei nach dem Motto: „Krieg mag ja eigentlich keiner, aber manchmal ist er eben notwendig.“ Wir sollen Ehrfurcht empfinden für die selbstlosen Soldaten, und sollen prüfen, ob wir uns nicht auch für unser Land einsetzen wollen. Angeknüpft wird an eine immer ungewissere Zukunft und gelockt mit der angeblichen Arbeitsplatzsicherheit, die heute immer seltener wird, oder sogar der Chance aufs bezahlte Studium. Ganz zu schweigen von den kostenlosen Lehrmaterialien für LehrerInnen, die auf den militärischen Kurs der Bundeswehr eingenordet sind, und so auch in den scheinbar normalen Unterricht ihren Weg finden.

Doch als SDAJ sagen wir, dass es nicht um die Verteidigung von Menschenrechten geht, wenn die Bundeswehr bspw. in Mali Militärs ausbildet, die dann flüchtende schutzlose Dorfbewohner erschießt, wenn Oberst Klein die Ermordung von unbewaffneten ZivilistInnen in Afghanistan befiehlt oder ukrainische Soldaten in Deutschland an Panzern ausgebildet werden.

Wir stellen uns klar gegen die Aufrüstung und Kompetenzerweiterung der Bundeswehr, denn die führt nur dazu, dass das Potential eines großen Krieges, auch auf deutschem Boden, wieder steigt – insbesondere im aktuellen aggressiven Konfrontationskurs gegen Russland und China, der auch vom deutschen Staat mit vorangetrieben wird.

Daher sind wir aktiv an Schulen und Berufsmessen, an denen sich die Bundeswehr als Menschenrechtler präsentiert, und versuchen zusammen mit lokalen BündnispartnerInnen die Auftritte der Bundeswehr zu stören, und die militärische Propaganda nicht unkommentiert zu lassen.

Wir kämpfen an Schulen gegen schimmelige Toiletten und tropfende Decken im Klassenzimmer, und machen dabei klar, dass wir das Problem nur dann angehen können, wenn wir das Geld, das in Aufrüstung und Krieg fließt, für unsere Zukunft einsetzen. Zum Vergleich: Der Sanierungsstau an deutschen Schulen könnte mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr mehr als zwei Mal beglichen werden. Wir kämpfen in Tarifrunden, wie beim Tarifvertrag Entlastung oder der Tarifrunde im öffentlichen Dienst, für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Geld und zeigen auf, dass wir nicht für den Kriegskurs der Bundesregierung stillhalten müssen.

Wir sagen: Bundeswehr raus aus Schulen, Hochschulen, Berufsmessen und Jobcentren! Abrüstung statt Aufrüstung! 100 Mrd. für die Jugend, statt für Aufrüstung und Krieg!

← In der Erklärung „**Wie weiter nach der friedenspolitischen Gewerkschaftskonferenz?**“ in Hanau am 23./24. Juni 2023 wurden als wesentliche Aufgaben formuliert:

*„Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Gewerkschaften deutlicher als bisher friedenspolitische Forderungen stellen nach mehr politischen Initiativen, einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen unter Einbeziehung der relevanten Akteure und dem Ruf nach Waffenlieferungen weiterhin eine Absage erteilen. Immer mehr Waffen werden nicht zu mehr Frieden führen! (...)“*

*Wir stellen uns darüber hinaus weiterhin gegen jegliche Erhöhung der Rüstungsausgaben sowie der weiteren Auf-*

*rüstung und lehnen die Steigerung des Rüstungshaushalts auf 2 % des Inlandsproduktes ab!*

*Darüber hinaus ist die Verbindung zwischen Krieg und Krisen gleichermaßen zu benennen und... enger mit der Frage der Verteilungs-, Sozial- und Tarifpolitik zu denken. (...)*

*Weiterem Sozialabbau, insbesondere zugunsten der Steigerung der Rüstungsausgaben erteilen wir eine klare Absage und setzen uns aktiv für eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften, großen Erbschaften sowie von Krisen- und Kriegsgewinnen ein! (...)“*

Die vollständige Erklärung „Analyse und weitere Arbeitsgrundlage der Steuerungsgruppe“ der Konferenz als PDF-Datei kann hier abgerufen werden:

[https://www.igmetall-hanau-fulda.de/fileadmin/user/News/2023/FK\\_Dokumente/Analyse\\_und\\_weitere\\_Vorgehensweise\\_nach\\_Hanauer\\_Friedenskonferenz.pdf](https://www.igmetall-hanau-fulda.de/fileadmin/user/News/2023/FK_Dokumente/Analyse_und_weitere_Vorgehensweise_nach_Hanauer_Friedenskonferenz.pdf)

# Video-Grußadresse von Sevim Dagdelen

## Mitglied des Bundestages, Die Linke

Liebe Freundinnen und Freunde,  
herzlichen Dank für die Einladung und diese wichtige Veranstaltung.

„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“, so hat es der frühere deutsche Bundeskanzler Willy Brandt einmal formuliert. In diesem Sinne müssen wir heute jede Initiative begrüßen, die den Frieden und nicht den Krieg gewinnen will.

Der Krieg in der Ukraine hat wie jeder andere Krieg eine Vorgeschichte. Der Krieg ist Folge der NATO-Osterweiterung bis an die Grenzen Russlands entgegen aller früheren Zusagen. So wie die USA an ihren unmittelbaren Grenzen etwa in Mexiko oder Kanada oder selbst auf Kuba Militärstützpunkte einer anderen Großmacht nicht dulden würden, so hat Russland immer wieder davor gewarnt, die Ukraine der NATO einzugliedern und für Militärstützpunkte und Raketenbasen der USA zu öffnen, die innerhalb von 5 Minuten Moskau oder Sankt Petersburg erreichen könnten.

Der Krieg in der Ukraine begann nicht mit den Angriffen und dem Einmarsch Russlands am 24. Februar 2022. Der Krieg begann bereits 2014, wie mittlerweile selbst NATO-Generalsekretär Stoltenberg einräumt. Erinnern wir uns an das Eingeständnis von Victoria Nuland, damals die für Europa zuständige Staatssekretärin im US-Außenministerium, international bekannt geworden mit ihrem „Fuck the EU“. Laut Victoria Nuland haben die USA damals 5 Milliarden Dollar in einen Regime-Change-Putsch in Kiew gesteckt. In Folge des nationalistischen Putsches in Kiew 2014 haben sich die mehrheitlich russisch-sprachigen Gebiete im Donbass sowie die Krim losgesagt. Die Schwarzmeeralbinsel wurde Russland eingegliedert.

**Linke müssen  
die Kraft sein  
für soziale  
Gerechtigkeit  
und Frieden**

Und so wie wir damals den Regime-Change-Putsch in Kiew kritisiert haben, weisen wir heute die Versuche zurück, in Serbien unter falscher Flagge einen Regime Change durchzuführen und das Land auf bedingungslosen NATO-Kurs zu bringen und in den Wirtschaftskrieg gegen Russland mit Sanktionen zu zwingen. Ein Wirtschaftskrieg, der für Serbien tödlich wäre.

Der Krieg im Donbass um die Wiedereingliederung währte acht lange Jahre. 14.000 Menschen starben in diesem Krieg. Wie wir heute wissen, hatte das seinerzeit von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Hollande mit ausgehandelte Friedensabkommen von Minsk nicht die Befriedung der Region zum Ziel. Vielmehr sollte es der ukrainischen Putsch-Regierung in Kiew Zeit verschaffen für eine Aufrüstung und militärische Rückeroberung der Gebiete. Die NATO unter Führung der USA trägt eine große Mitverantwortung für den Krieg heute.

Auch wenn dies immer wieder von unseren Regierungen bestritten wird: Der Krieg in der Ukraine hat sich mittlerweile zu einem Stellvertreterkrieg der NATO gegen Russland verwandelt und einen brutalen Abnutzungskrieg, in dem Tausende junge Männer, Ukrainer wie Russen, für ein paar Quadratmeter Land sinnlos sterben müssen, ohne Perspektive auf einen militärischen Sieg auf dem Schlachtfeld.

Über Waffenlieferungen und militärische und geheimdienstliche Hilfen für die Ukraine sind NATO-Mitglieder am Krieg beteiligt. Allen voran die USA, die im vergangenen Jahr 43 Milliarden Euro an Waffen für Kiew geliefert haben. Gefolgt von Großbritannien und Deutschland, die für Milliarden Waffen geliefert haben, oder auch Polen. Allein diese vier NATO-Mitglieder haben zusammen mit der EU zudem über 60 Milliarden Euro an finanziellen Hilfen für die Ukraine geleistet.

Die 30 NATO-Staaten haben 2022 zusammen rund 1,1 Billionen Euro für Militär und Rüstung ausgegeben – so viel wie alle anderen Staaten der Welt zusammen. Die USA allein gaben 2022 mit 877 Milliarden US-Dollar zehnmal so viel für Militär aus wie Russland. Diese Hochrüstung verschärft global die Kriegsgefahr.

Und es ist brandgefährlich, dass jetzt die deutsche Bundesregierung eine Kampfgruppen-Brigade der Bundeswehr in Litauen stationieren will. Im Nachbarland Russlands soll die größte deutsche Militärbasis im Ausland errichtet werden. Das ist kein Beitrag zur Deeskalation des Ukraine-Konflikts. Die Entscheidung ist eine grundlegende Abkehr von bisherigen Vereinbarungen durch die Bundesregierung und der NATO. Mit der dauerhaften Stationierung von bis zu 4.000 deutschen Soldaten und dem Bau eines permanenten deutschen Militärvorpostens im Baltikum wird die NATO-Russland-Grundakte vom Mai 1997 von Seiten der NATO endgültig beerdigt.

In diesem wichtigen völkerrechtlichen Dokument versichert die NATO, „zusätzlich substanzielle Kampfgruppen“ werde das Bündnis nicht „dauerhaft“ in den Staaten des ehemaligen Ostblocks stationieren. Die NATO hatte erst in diesem April erneut betont, dass sie sich „voll und ganz“ an die NATO-Russland-Grundakte halten wird.





Selbst Sicherheitsexperten regierungsnaher Denkfabriken wie der SWP und ranghohe Bundeswehr-Generäle warnten vor so einem Schritt, wie die NZZ berichtet hat.

Ich finde: Wir müssen Druck machen dafür, die in der NATO-Russland-Grundakte vereinbarten Mechanismen der Konsultation und Kooperation wiederzubeleben, statt mit der Entsendung immer weiterer Waffen in die Ukraine und der Errichtung von permanenten NATO-Stützpunkten an die Westgrenze Russlands die Eskalation weiter zu befeuern. Dieser Wahnsinn muss beendet werden. Und deshalb setzen wir uns ein für einen sofortigen Waffenstillstand ohne Vorbedingungen und eine diplomatische Lösung.

Wir unterstützen die irische Linke und die Anti-NATO-Bewegung auf der Insel in ihrem Kampf um die Verteidigung der Neutralität. Die Neutralität ist etwas ganz Kostbares in diesen Zeiten. Denn nur wer sich die Neutralität bewahrt, bewahrt sich auch die demokratische Souveränität.

Viele Staaten im globalen Süden müssen in diesen Zeiten die Erfahrung machen, dass die NATO-Staaten ihre Neutralität nicht akzeptieren wollen, sondern sie dazu zwingen wollen, sich dem Wirtschaftskrieg gegen Russland mit Sanktionen und den Waffenlieferungen an die Ukraine anzuschließen. In einer Art Neokolonialismus will man den Ländern im Globalen Süden vorschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben. Jüngstes Beispiel ist die rechte Pro-NATO-Regierung Finnlands, die afrikanischen Staaten, die ihr infolge ihres Abstimmungsverhaltens in der UNO als zu pro-russisch erscheinen, die Entwicklungshilfe streichen will.

Die Neutralität auch in diesen Zeiten zu verteidigen, ist die Verteidigung von Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie selbst.

Unsere Solidarität gilt den Linken und Indigenen-Bewegungen in Peru, die für die kommenden Wochen Proteste ankündigen gegen die Absetzung des linken Präsidenten Pedro Castillo und seine Inhaftierung seit verganginem Dezember. Die mit ihrem Marsch für Gerechtigkeit und für Neuwahlen protestieren. Die auf die Straße gehen gegen die ungeheure Polizeigewalt, in deren Folge in den ersten Wochen des Jahres mehr als 60 Demonstranten getötet und Tausende verletzt wurden. Die interamerikanische Menschenrechtsorganisation spricht von regelrechten Massakern an den Indigenen. Die protestieren gegen die Putsch-Regierung von Dina Boluarte, die die Verantwortlichen deckt, die versucht, beim kommenden CELAC-EU-Gipfel in Brüssel internationale Legitimität zu organisieren und die dabei ist, linke Parteien in Peru zu verbieten, weil sie sich für eine verfassungsgebende Versammlung einsetzen. Wir sagen, wir stehen an der Seite der indigen Bevölkerung in ihrem Kampf um Freiheit und Demokratie.

Und liebe Freundinnen und Freunde,

so, wie es unsere Verantwortung ist, uns mit Linken weltweit zu solidarisieren, ist es auch unsere Verantwortung, hier die Kraft zu sein für soziale Gerechtigkeit und Frieden. Um Gerechtigkeit hier im Land zu schaffen und Frieden weltweit. So oder so.

Vielen Dank.

## Reden von Michael Altmann und Britta Brandau

### ver.di-Gewerkschaftsverantwortliche, Hessen



*Michael Altmann ist Mitinitiator der Unterschriftensammlung „Gewerkschafter sagen Nein zum Krieg! Nein zum sozialen Krieg gegen den Sozialstaat“. Er ist Mitglied im ver.di-Landesbezirksvorstand Hessen.*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir Gewerkschaftskolleg/innen aus der Region Hessen, die wir „Nein sagen zum Krieg und Nein zum sozialen Krieg!“ grüßen Euch in den verschiedenen europäischen Ländern aus dem Türkischen Volkshaus in Frankfurt/Main.

Wir sind Mitglieder und Verantwortliche aus den Gewerkschaften der öffentlichen und privaten Dienste ver.di (Kita, Krankenhaus, Post), der Lehrgewerkschaft GEW, der Industriegewerkschaft Metall und der Gewerkschaft der Eisenbahner EVG und arbeiten gemeinsam mit Friedensaktivist/innen aus unsere Rhein-Main-Region zusammen. Uns eint das Nein zum Krieg! und das Nein zum sozialen Krieg, den Angriffen unserer Regierungen auf unsere sozialstaatlichen und tariflichen Errungenschaft Lohn, Arbeitszeit, Krankenversicherung, Rente...!

Im Anschluss an die größte Demonstration nach der „Zeitenwende“ (Kanzler Scholz, SPD) organisiert von Sarah Wagenknecht und Alice Schwarzer mit 50.000 Teilnehmern in Berlin am 25. Februar 2023 haben wir auf der

Veranstaltung am 4. März in Berlin eine Gewerkschafter-Unterschriftensammlung „Wer soziale Gerechtigkeit will, muss den Frieden erkämpfen“ vereinbart. Wir haben damit in den Streiks des öffentlichen Dienstes und der Krankenhäuser für einen inflationssicheren Tarifabschluss, während des Ostermarschs für den Frieden, am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterbewegung, in unseren Gewerkschaften eingegriffen. Sie wurde von Hunderten Kolleginnen und Kollegen, Streikführern und auch Gewerkschaftsverantwortlichen unterzeichnet, die mit der Zurückhaltung und Begleitung unserer Gewerkschaften gegenüber der Kriegspolitik der Regierung nicht einverstanden sind.

Seit der „Zeitenwende“ entwickelt sich in Deutschland eine wahre Kriegspolitik der Regierung Scholz in erschreckendem Ausmaß. Die Rüstungsausgaben im regulären Haushalt steigen drastisch mit der Auswirkung, dass Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen noch weiter kaputtgespart und geschlossen werden, um für die Kriegskosten aufzukommen. Die Reallöhne sind bereits laut einem gewerkschaftsnahen Institut (WSI) europaweit durch den „Inflationsschock eingebrochen“. Das geht immer weiter! Die Armut in Deutschland wächst.

Deshalb wurde in den Demonstrationen von den 100.000en Streikenden aus Kindergärten („Kita“), Krankenhäusern, dem öffentlichen Dienst immer wieder gefordert:

**„Wir brauchen die Milliarden für unsere Krankenhäuser, Kitas, Schulen – statt für Waffen!“**

Diesem Willen wollen wir durch die Unterschriften-

sammlung und Beschlüssen in unserer Gewerkschaft „Nein zum Krieg! Nein zum sozialen Krieg“ einen Ausdruck geben. Dafür versammeln wir uns Gewerkschafter gemeinsam mit Friedensaktivisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte noch einmal auf die Grußadresse des 1. Bevollmächtigten der Industriegewerkschaft Metall Hanau-Fulda, Robert Weißenbrunner, zurückkommen, die hier verlesen wurde.

Wir als „Gewerkschafter gegen Krieg und sozialen Krieg“ haben die Hanauer Konferenz für den Frieden am 23./24. Juni genauso unterstützt, wie diese Europäische Konferenz, und dabei viele Unterstützer für die „Gewerkschafter-Unterschriftensammlung“ gewonnen. Aber nicht alle anwesenden Gewerkschaftsverantwortlichen haben das Nein zu den Waffenlieferungen unterschrieben. Deshalb ist sehr wichtig, dass die Hanauer Konferenz von der IG Metall Hanau-Fulda: *„einen Beitrag dazu leisten (wollte), dass sich die Gewerkschaften wieder als starke Stimme des Friedens und der Diplomatie klarer und eindeutiger positioniert, als dies seit Kriegsbeginn in der Ukraine der Fall war.“*

Jeremy Corbyn (Ex-Vorsitzender der Labour Party GB und als Abgeordneter die politische Stimme für die Streikenden und die Gewerkschaften im englischen Parlament, die von der Labour Party unter Stamer nicht mehr vertreten werden) erklärte auf der Konferenz, an der er persönlich teilnahm:

**„Wir fordern Frieden für die Ukraine, wir fordern Verhandlungen, wir fordern ein sofortiges Ende des Krieges.“**

*„Überall in den Parlamenten wird diskutiert über die Lieferung von immer mehr Waffen in die Ukraine statt über Frieden, die Konsequenzen der Verdoppelung der Rüstungsausgaben sind die Kürzungen bei Gesundheit, Bildung, Infrastruktur. Das akzeptieren wir nicht und ergreifen Initiativen dagegen.“*

50.000 Gewerkschaftsmitglieder, die sich durch die Labour Party nicht mehr vertreten fühlen, versammeln sich dafür in der Initiative „Peace & Justice“, von der die norwegische Kollegin sprach.

Ich finde das sehr ermutigend. Deshalb schlagen wir Euch vor, wie in der Resolution genannt, eine europäische Koordination zu bilden, um eine Europäische Konferenz

gegen den Krieg Ende 2023 / Anfang 2024 in Präsenz vorzubereiten und die Teilnahme auf weitere Länder auszuweiten. Glück auf!

**Nun übergebe ich an meine Kollegin Britta Brandau,** Mitglied im Gewerkschaftsrat von ver.di, dem höchsten Organ zwischen den Gewerkschaftstagen...



**Britta Brandau ist ehrenamtliche ver.di-Gewerkschaftsverantwortliche in Hessen und stellv. Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE Hessen**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

erst einmal ein großes Dankeschön an die Organisator\*innen dieser Videokonferenz, die einen absolut wichtigen Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene ermöglichen, der uns alle stärken und weitere Aktivitäten vorantreiben wird.

Alle Arbeitskonflikte finden derzeit unter enormem Druck von Kriegspolitik, Wirtschaftskrieg und Inflation statt. Wie wir wissen, erheben sich nicht nur in Deutschland, in allen europäischen Ländern, in Frankreich, Großbritannien, Spanien, Italien, Griechenland, ... überall Arbeiter, Rentner und Jugendliche gegen diese Politik ihrer Regierungen.

Unsere Unterschriftensammlung „Sag Nein zum Krieg – zum sozialen Krieg“ wurde von Gewerkschaftsführern an der Basis unterstützt, von Streikführern in den Betrieben während der Tarifverhandlungen bis hin zu Gewerkschaftssekretär\*innen.

In Hessen beteiligten sich Vertreter der „Friedensplattform Hanau“, des „Forum Gewerkschaften Kassel“, der Wetterauer Aktion für Frieden, „Heizen, Brot und Frieden“ und Studierende des SDS, DIE LINKE Frankfurt am Main an der Unterschriftensammlung.

So beschloss unser Bezirksfachbereichsvorstand von ver.di Frankfurt und die Region ein eigenes Banner **„Nein zum Krieg! Ja zum Sozialstaat!“** zur Teilnahme an der Demonstration und Maikundgebung bei uns zu verwenden. Auf den 1.-Mai-Kundgebungen in Berlin, NRW, Hessen, Sachsen sagten Gewerkschafter\*innen auf vielfältige Weise durch



Kolleginnen und Kollegen des ver.di Landesbezirksvorstandes Hessen sagen während ihrer Klausurtagung vom 14./15. Juli 2023: „Nein zum Krieg! Ja zum Sozialstaat!“ - auch "als Signal" an den ver.di Gewerkschaftstag im September

Flugblätter, Transparente und Schilder: „**Nein zum Krieg! Nein zu den Angriffen auf den Sozialstaat, auf unsere Löhne und Tarifverträge!**“ ausgedrückt. Am 1. Mai forderten die Bauarbeiter in Köln: „**Wir brauchen Kollegen auf der Baustelle und keine Soldaten auf dem Schlachtfeld!**“

Die Bevölkerung hat genug von den Folgen von Kriegspolitik, Wirtschaftskrieg und Inflation. Dies zeigt die Streikwelle der 100.000en in den Lohnkämpfen bei der Post, im öffentlichen Dienst, in kommunalen Krankenhäusern, in der Daseinsvorsorge, bei der Bahn, im öffentlichen Nahverkehr, im Handel usw. für die Forderung nach inflations-sicheren Tarifverträgen und realer Lohnsicherheit!

Das zeigen die Aktionen und Kämpfe um ausreichende Mittel für Krankenhäuser, Schulen und Kommunen – statt der 100 Milliarden Sondermittel für den Kriegshaushalt.

10.000e Kolleg:innen erhoben auf Maikundgebungen ihre Stimme für ein Ende der kriegsfreundlichen, sozialzerstörerischen und antidemokratischen Politik der Regierung Scholz in unserem eigenen Land.

Immer wieder stoßen die Kollegen auf Probleme, wenn sie versuchen, diesen Willen über ihre eigenen Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen. Der Bundesvorstand von ver.di hat einen Leitantrag für den Gewerkschaftstag 2023 vorbereitet, in dem die Sanktionen und Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet Ukraine gegen den Willen der Gewerkschaftsbasis, also die Kriegspolitik der Scholz, gebilligt werden. Die Regierung ist legitimiert.

Wir kämpfen darum, dass unsere Gewerkschaften Stützpunkte für den Kampf der Arbeitnehmer „gegen den Krieg sowie gegen den sozialen Krieg unserer Regierung gegen die eigene Bevölkerung“ werden. Dazu setzen wir die Unterschriftensammlung „Nein zum Krieg!“ Nein zum sozialen Krieg!“ fort, um so die Diskussion innerhalb unserer Gewerkschaften für eine klare Position gegen den Krieg, gegen die Waffenlieferungen und Aufrüstung, zur Verteidigung und Wiederherstellung des Sozialstaates und inflations-sichere Tarifabschlüsse zu fördern: Wir in ver.di greifen in Richtung des ver.di-Bundeskongresses im September 2023 ein.

## Videobotschaft von Ratibor Trivunac

### Anarchosyndikalistischer und antimilitaristischer Aktivist, Serbien

*Anmerkung: Die Videobotschaft wurde in englischer Sprache gesprochen.*

Liebe Genossinnen und Genossen,

Mein Name ist Ratibor Trivunac, ich bin von Beruf Antiquar und komme aus Belgrad, Serbien. Ich bin seit mehr als zwei Jahrzehnten anarchosyndikalistischer und antimilitaristischer Aktivist, mit Schwerpunkt sind die Aktivitäten in der Balkanregion Osteuropas. Ich habe mich sehr über die Einladung zu dieser Videokonferenz gefreut und es tut mir sehr leid, dass ich aufgrund von bisher geplanten Engagements nicht direkt, sondern über diese Videobotschaft teilnehmen kann. Auf der anderen Seite hoffe ich, dass es andere Gelegenheiten geben wird, bei denen wir unsere Meinungen austauschen und gemeinsame Aktionen gegen das innerimperialistische Blutbad, den Krieg in der Ukraine, koordinieren können.

Einige von uns, Aktivisten der Arbeiterklasse aus der ehemaligen jugoslawischen Region der Balkanhalbinsel, die das Pech haben, die Jugoslawienkriege der 1990er Jahre erlebt zu haben und sich daran zu erinnern, haben selbst Bürgerkrieg, nationalistisches Blutvergießen, imperialistische Aggression, Sanktionen, Antikriegsbewegung, farbige Revolution, brutalen Übergang zum neoliberalen Kapitalismus, Massenverarmung der Arbeiterklasse, Retraditionalisierung und allgemeine Absenkung des Zivilisationsniveaus in unseren Gesellschaften und in Osteuropa als Ganzem direkt miterlebt. Daher ist unser Verständnis dieser Ereignisse nicht nur theoretisch, sondern hat auch einen eigenen Erfahrungswert und gibt uns damit wichtige zusätzliche Einblicke in das Wesen des ukrainischen Krieges, der sich vielen Genossen im Westen entzieht.

Gerade wir, die Antimilitaristen aus der Republik Serbien, haben abgesehen von den oben genannten Dingen den Stellvertreterkrieg während des jugoslawischen Bürgerkrieges erlebt. Slobodan Milošević, Führer Serbiens (Bundesrepublik Jugoslawien), das nicht offiziell am Krieg in Bosnien und Kroatien teilgenommen hat, hat die serbischen Streitkräfte an diesen Orten bewaffnet, ausgebildet, organisiert und geleitet. Diese Erfahrung wirft zusätzliches Licht auf die Natur und

die Praxis des Stellvertreterkriegs, in den die USA und die EU im interimperialistischen Konflikt in der Ukraine verwickelt sind. Aber auch in Mechanismen, die Kriegstreiber nutzen, um die Teilnahme am Krieg zu leugnen, während sie dem Gemetzel der Arbeiterklasse infrastrukturelle und jede andere praktische Unterstützung bieten.

Krieg wird nicht nur durch direkte militärische Auseinandersetzungen, durch Finanzierung, Bewaffnung, Ausbildung, Organisation und Führung von Armeen geführt, sondern auch durch die Verhängung von Sanktionen. Da wir, die Antimilitaristen aus Serbien, in den 1990er Jahren unter einem strengen Sanktionsregime gelebt haben, haben wir neben dem rationalen Verständnis auch Erfahrungen, die bestätigen, dass Sanktionen in Wirklichkeit Krieg gegen die Bevölkerung des sanktionierten Staates sind. Wir haben keinen Zweifel an den erschreckenden sozialen Folgen der Sanktionspolitik. Tausende von vermeidbaren Todesfällen und jede andere Form von zusätzlichem Leid wurden der Bevölkerung auferlegt, die keine Verantwortung für die Kriegspolitik ihrer herrschenden Klasse trug. Es ist nie die herrschende Klasse, die unter Sanktionen leidet: Im Falle eines Krieges in der Ukraine werden nicht Putin und seine Clique diejenigen sein, die Schwierigkeiten haben werden, die benötigten Medikamente und andere lebensnotwendige Güter zu beschaffen, sondern wie immer die einfachen Menschen der Arbeiterklasse. Aus diesem Grund sind alle Staaten, die Russland sanktionieren, Teil dieses Krieges und führen den Krieg im Kampf gegen die russische Bevölkerung. Und deshalb muss der antimilitaristische Kampf auch den vehementen Kampf gegen Sanktionen einschließen.

Wie alle Kriege hat auch dieser Krieg zu einem Anstieg von Nationalismus und Chauvinismus geführt. In diesem Zusammenhang ist es für uns als europäische Antimilitarist\*innen wichtig, den antirussischen Rassismus zu unterstreichen, der in der EU vorherrscht, die Diskriminierung von Menschen russischer (und belarussischer) Herkunft, die Verweigerung ihres Rechts, sich frei zu bewegen, zu studieren oder zu arbeiten, das Verbot der russischen Kultur usw.

Wir müssen uns daran erinnern, dass unsere Hauptrolle als Antimilitaristen – und insbesondere während kapitalistischer

und imperialistischer Kriegskonflikte – darin bestehen muss, gegen unsere eigene herrschende Klasse zu kämpfen. Wir sollten niemals zulassen, dass unsere herrschende Klasse uns davon überzeugt, dass die herrschende Klasse, die der Feind unserer eigenen Herren ist, das primäre Ziel unserer Aktivitäten sein sollte. Im Falle eines Krieges in der Ukraine bedeutet dies für Antimilitarist\*innen, die in NATO-Staaten oder NATO-kontrollierten Staaten aktiv sind, dass unser primäres Ziel die NATO-Seite des Krieges sein muss. Das bedeutet nicht, dass wir Russland unterstützen, sondern dass wir verstehen, dass unser praktischer Fokus in erster Linie auf den Aktivitäten unserer herrschenden Klasse liegen kann und sollte, abgesehen von der abstrakten Erklärung, dass wir in diesem interimperialistischen Konflikt gegen beide Seiten sind. Und auf dem Balkan, wie in den meisten Teilen Europas, ist dies die herrschende Klasse, deren militärischer Arm die NATO ist. Konkret in Serbien: In der Zeit vor dem Krieg behauptete Serbien öffentlich, militärisch neutral zu sein, als

es gemeinsame Militärübungen mit der NATO und Russland im Verhältnis 10:1 abhielt – 10 mit der NATO im Vergleich zu einer mit Russland. Seit Beginn des Krieges hat Serbien die Neutralität im Krieg proklamiert, die es in der Realität einhält, indem es keine Sanktionen gegen Russland verhängt, aber auch die Beendigung aller gemeinsamen Militärübungen mit beiden Seiten verkündet. Aber gerade nach einem Jahr Krieg hat Serbien seine gemeinsamen Militärübungen wieder aufgenommen, jetzt /nur/ mit der NATO, während in Serbien hergestellte Waffen und Munition in großen Mengen an der Seite der NATO in den Krieg geschickt werden und das Territorium Serbiens für den Transport von militärischer Ausrüstung in die Ukraine verwendet wird, wieder auf der Seite der NATO in diesem Blutbad. Ich hoffe, dass meine kurze Präsentation nicht zu viel Zeit in Anspruch genommen hat und dass wir in naher Zukunft unseren gemeinsamen Kampf gegen den Krieg fortsetzen werden.

## Beitrag von Evangelina Sotiropoulou

### Anti-NATO-Aktion, Griechenland

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

Wir gratulieren Euch für die Koordinierung mehrerer Initiativen für den Frieden in ganz Europa. Wir stimmen der Forderung zu:

„Nein zum Krieg – Nein zum sozialen Krieg“, der die grundlegende Frage des Friedens mit der Arbeiterbewegung und verschiedenen anderen Bewegungen verbindet.

Die jüngsten Entwicklungen an der Kriegsfront, einem von der NATO gegen Russland geführten Krieg auf ukrainischem Territorium, sind höchst beunruhigend. Das Unvermögen Kiews, einen Gegenangriff zu starten, und die massiven Verluste an Menschenleben und militärischem Gerät haben zu einer heftigen Eskalation geführt, anstatt den europäischen/NATO-Block an den Verhandlungstisch zu führen.

Trotz der Stimmen der Vernunft, die in der ganzen Welt zu hören sind, sogar von konservativen Politikern (z.B. Robert Kennedy Jr.), gibt der westliche Kriegsblock weiterhin enorme Summen für die Lieferung von Militärgütern aus, die sogar als solche verboten sind (z.B. Waffen mit abgereichertem Uran), verurteilt weiterhin die junge Generation der Ukraine zum Tode, verursacht weiterhin irreversible Umweltkatastrophen (z.B. im Falle des jüngsten Schlags gegen den Staudamm und die Düngemittelpipeline usw.) und weitet derzeit die Kriegooperationen auf russischem Gebiet aus.

Wie es aussieht, sind neue provokative Aktionen geplant, die ein offenes, direktes Engagement der NATO anstreben. Ein nuklearer Holocaust wird damit immer wahrscheinlicher.

Griechenland unter der Regierung Mitsotakis, die leider bei den letzten Parlamentswahlen gestärkt wurde, unterstützt diesen barbarischen Krieg, indem es militärische Ausrüstung liefert, NATO-Militärstützpunkte im ganzen Land abtritt und Sanktionen unterstützt. Mit Ausnahme der Begünstigung griechischer Schiffseigner, die russisches Öl transferieren.

Leider ist die Friedensbewegung in Griechenland sehr schwach. Sie ist nicht zu vergleichen mit der Bewegung, die sich einst in unserem Land entwickelt hat, ausgelöst durch den Krieg im Irak und den Krieg in Jugoslawien. Die Gesamtzahl der Mobilisierungen gegen den Krieg in der Ukraine innerhalb eines Jahres entspricht den Protesten, die innerhalb von nur drei Tagen gleich nach Beginn der NATO-Bombardierung Jugoslawiens stattfanden.

Wir meinen, dass eine der Hauptursachen die Meinungsverschiedenheiten darüber sind, wer ein Aggressor ist. Unserer Ansicht nach verstärkt die Logik der „Äquidistanz“ die Betroffenheit angesichts dieser dramatischen Ereignisse. Unabhängig davon, wie man zum Putin-Regime und seinen Handlungen steht, ist für uns klar, dass die NATO-Erweiterung die größte Gefahr für den Frieden in Europa darstellt.

Daher liegt unser Hauptaugenmerk auf Folgendem:

Die Auswirkungen dieses Krieges aufzuzeigen, die nichts anderes sind als massive Kürzungen im öffentlichen Gesundheits- und Bildungswesen. Wir wollen deutlich machen, dass dieser Krieg jederzeit auch unsere Haustür erreichen kann, da die Drohnen, die russische Ziele treffen sollen, von NATO-Militärstützpunkten in unserem Land gesteuert werden.

Bringen Sie die Wahrheiten über diesen Krieg ans Licht, Wahrheiten, die im Schlamm der Fehlinformation und der Neo-McCarthyistischen Praktiken ertränkt werden, die darauf abzielen, alle Meinungen, die nicht dem vorherrschenden Narrativ entsprechen, zu unterdrücken.

Wir sind daran interessiert, jede Aktion zu verfolgen, die dazu beitragen kann, Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern sowie kollektive Sicherheit für alle Länder vom Atlantik bis zum Ural zu erreichen.

Wir wünschen Euch viel Kraft für Euren Kampf!

**„Bringen wir die Wahrheiten über diesen Krieg ans Licht, Wahrheiten, die im Schlamm der Fehlinformation ertränkt werden.“**



# Beitrag von Alexander King

## Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, Die Linke

Liebe Freunde,

danke für die Einladung zu dieser wichtigen Konferenz. Ich freue mich, unter so vielen Friedensfreunden aus ganz Europa zu sein.

Ich bin Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, also des Landtages von Berlin. Ich bin dort Medienpolitischer Sprecher der Linken.

Zum anderen war ich einer der Organisatoren des Aufstandes für Frieden, der großen Friedenskundgebung, die am 25. Februar in Berlin stattgefunden hat. Es war die bedeutendste linke Friedenskundgebung in Deutschland seit Jahrzehnten. Bis zu 50 Tausend Menschen nahmen daran teil.

Initiiert wurde die Kundgebung von der linken Politikerin Sahra Wagenknecht, die heute schon zu euch gesprochen hat, und der Frauenrechtlerin Alice Schwarzer.

Frieden und die Medien – das sind also meine Themen. Und in Deutschland sind sie leider negativ miteinander verknüpft.

Ich bin seit Jahrzehnten politisch aktiv und ich muss sagen, das Ausmaß an medialer Hetze nach der Friedenskundgebung hat sogar mich überrascht.

Die Kundgebung sollte als Russland-freundlich und rechts-offen geframt werden.

Um das zu erreichen, schreckten Zeitungen und Nachrichten-Plattformen, die sich sonst als seriös darstellen (sogenannte Qualitätsmedien, wie man in Deutschland sagt), nicht vor glatten Lügen zurück.

So wurde berichtet, Russlandfahnen hätten das Bild der Kundgebung dominiert, obwohl dort keine Fahnen zu sehen waren. Es wurde von einer rechten Massenmobilisierung auf die Kundgebung berichtet, obwohl nur einzelne versprengte Rechte am Rand der Kundgebung auftauchten – und von unseren Ordnern abgedrängt wurden.

Von den Beweggründen der vielen Zehntausenden, die teilnahmen, ganz normale Leute, Familien, Arbeiter, wurde hingegen nicht berichtet.

Eine besonders widerliche Hetze ergoss sich über die Initiatorinnen der Kundgebung, Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer. Eine bespiellose Hexenjagd fand statt.

Leider bildete auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk keine Ausnahme. Die öffentlich-rechtlichen Medien gingen sogar oftmals besonders schamlos voran, wenn es darum ging, übelste Beleidigungen zu verbreiten, die Intentionen der Friedenskundgebung manipulativ ins Gegenteil zu verkehren, Wagenknecht und Schwarzer als fünfte Kolonne Moskaus an den Pranger zu stellen.

Dazu muss man sagen:

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland wird über Rundfunkgebühren finanziert, die jeder Haushalt bezahlen muss: immerhin 18,36 Euro im Monat. Dafür hat er eigentlich den gesetzlich verankerten Auftrag, die Meinungsvielfalt wiederzugeben und zu fördern, er hat einen Bildungsauftrag, eine Informationspflicht.

Diesem Auftrag kam er schon während der Pandemie nicht nach, umso weniger jetzt im Kontext des Krieges.

Der Anspruch, auch mal Stachel im Fleisch der herrschenden Politik zu sein, ist ohnehin völlig verloren gegangen.

Von Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kann keine Rede mehr sein. Stattdessen werden die Erzählungen der Herrschenden wiedergekaut und Andersdenkende verächtlich gemacht.

Das Gute ist: Gegen das Establishment und seine Medien steht eine widerspenstige Bevölkerung.

Es ist doch erstaunlich, dass trotz der 100%igen Gehirnwäsche so viele Leute auf die Kundgebung gekommen sind und dass in Umfragen sich die Hälfte der Befragten gegen Waffenlieferungen und für Verhandlungen aussprechen. Das macht Hoffnung und daran müssen wir aufsetzen.

Folgende Dinge sind wichtig im kritischen Umgang mit den Medien:

1. Ich appelliere in Deutschland immer, Gegenmedien, Gegenöffentlichkeit, die es gibt, zu unterstützen und zu stärken.
2. Wir müssen uns gegen die Hetze in den konventionellen Medien aktiv zur Wehr setzen. Ich appelliere, Leserbriefe zu schreiben, sich an die Redaktionen der Zeitungen und Sender zu wenden.
3. Und wir müssen uns bewusst machen: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist unser Rundfunk. Wir bezahlen ihn. Wir müssen uns diese Art der Berichterstattung nicht gefallen lassen. Wir dürfen höhere Ansprüche an die Qualität haben und einfordern.

Aber vor allem: Wir dürfen uns von der Medienhetze nicht einschüchtern lassen – und schon gar nicht sie übernehmen.

Gerade die Linke muss daran mitarbeiten, dass es wieder eine starke Friedensbewegung gibt. Da ist – zumindest in Deutschland – noch Luft nach oben. Ich bin auf eure Erfahrungen, auch in den anderen Ländern gespannt.

**„Gegen das Establishment und seine Medien steht eine widerspenstige Bevölkerung.“**



Berlin, 25. Februar 2023: Bis zu 50.000 Menschen beim Aufstand für Frieden

# Grußadresse von Marcus Carlstedt

## LO-Gewerkschafter im Bildungsbereich, Schweden

*Die folgende Grußadresse von Marcus Carlstedt, die uns vor der Europäischen Konferenz erreicht hat, wurde im Verlaufe der Europäischen Konferenz verlesen.*

Liebe Initiatoren der Europäischen Konferenz gegen den Krieg am 8. Juli,

ich unterstütze Ihre Initiative von ganzem Herzen und danke Euch für eure Bemühungen in dieser sehr schwierigen Zeit, die von kriegstreiberischer Rhetorik und Aktionen auf allen Ebenen geprägt ist.

In Schweden ist die allgemeine Unterstützung für den Krieg, für die Waffenlieferungen und für die Sanktionen mit

dem Beitrittsprozess zur NATO verbunden, den ich ebenfalls ablehne.

Der Widerstand hier ist leider noch schwach, aber ich habe Euren Aufruf übersetzt und an zahlreiche Gewerkschafter und Antikriegskontakte hier in Schweden weitergegeben.

Ich werde gerne an der Konferenz teilnehmen, auch persönlich.

Herzliche Grüße

*Marcus Carlstedt*

*Gewerkschaftsdelegierter im Bildungsbereich*

# Grußadresse von Anton Schou und weiteren Kolleg\*innen

## Dänemark

Während US-Außenminister Blinken China besucht und die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen – die sich US-Präsident Biden unterordnet – Afrika besucht, beide mit dem Ziel, den Weg für eine neue Eskalation des imperialistischen Krieges zwischen den USA und Russland zu ebnet, wandelt sich Dänemark langsam aber sicher von einem so genannten Wohlfahrtsstaat zu einem militärischen Kriegsstaat mit einer Regierung, die sowohl einen sozialen Krieg gegen die Arbeiterklasse und die Jugend als auch eine beispiellose Aufrüstung des dänischen Militärs in dreistelliger Milliardenhöhe begonnen hat.

Unter dem Klang der Propagandakriegstrommeln mit dem Slogan, den dänischen Wohlstand, die Demokratie und die Sicherheit zu „retten“, bereitet die kürzlich gebildete Koalitionsregierung mit dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Frederiksen an der Spitze die dänische Gesellschaft auf eine völlig andere Zukunft mit drastisch weniger Sicherheit, Wohlstand und Demokratie vor.

Die jüngsten Berichte der Regierung, nach denen sie die Lieferung von dänischen F-16-Kampfflugzeugen an die Ukra-

ine vorbereitet, werden von den Vertretern des russischen Imperialismus sicherlich als ein weiterer Schritt in Richtung eines direkten Krieges zwischen der NATO und Russland betrachtet werden.

Wir senden diesen kleinen Text als eine uneingeschränkte Unterstützungserklärung für die Videokonferenz am 8. Juli 2023. Nur wenn wir zusammenstehen und den Völkern Europas helfen, den Weg zur Einheit gegen den militärischen und sozialen Krieg zu finden, können wir die Gefahr eines dritten Weltkriegs mit unvorstellbaren Folgen abwenden.

*Magnus Carlsen, Universitätsstudent der Philosophie, Aalborg;*

*Steffen Larsen, Universitätsstudent der Philosophie, Aalborg;*

*Anton Schou, pensioniert, ehemaliger Handelsschullehrer, Mitglied der Volksbewegung gegen die Europäische Union, Aalborg;*

*Anne Mette von Barnekow, ehemalige Stadträtin aus Nibe; Ane Kristensen, Künstlerin aus Klarup*

# Beitrag von Beppe Savary Borioli

## Forum Alternativo, Kantonalsabgeordneter, Schweiz

*Anmerkung: Im Folgenden handelt es sich lediglich um Auszüge der Rede, die uns zum Redaktionsschluss leider nicht vollständig vorlag.*

„Ich komme aus der italienischen Schweiz vom Forum Alternativo, einer kleinen Gruppe, und ich bin Abgeordneter im Regionalparlament. Von Anfang an war unsere Position „Weder Putin noch die NATO!“ Das ist in der Schweiz besonders aktuell, weil unser Verteidigungsminister sich immer mehr der NATO annähert. Der letzte Schritt war ein Treffen mit Österreich und Deutschland für ein Luftverteidigungssystem. Er hofft auch, dass die Schweiz an NATO-Manövern teilnimmt.

Bis jetzt beteiligte sich die Schweiz an Friedensmissionen mit NATO-Partnerschaft. Die sozialdemokratische Partei hat

ihre Maske fallen lassen, und unsere Exekutive wird Panzer liefern. Leopard-Panzer wurden in die Ukraine entsandt. Normalerweise dürfen wir keine gebrauchten Waffen an Konfliktländer schicken.

1945 lieferte die Schweiz wochentags Waffen an die Nazis, und sonntags predigte sie Frieden.

Die Schweizer Regierung ist nicht bereit zur Liberalisierung der Bedingungen für Waffenexporte, man weiß jedoch nicht, wie lange sie dabei bleibt. Man ist neutral in der Schweiz, solange es sich auszahlt, und verlässt die Neutralität, wenn man meint, sich den USA annähern zu können. Die offizielle Schweiz erklärt sich neutral, ist aber eindeutig seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs Teil der pro-amerikanischen Allianz.“



## Beitrag von Andrej Hunko

### Mitglied des Bundestages, Die Linke

Ich bedanke mich für die Organisierung dieser wichtigen Konferenz. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, verschiedene politische und gewerkschaftliche Kräfte zusammenzubringen, um ein gemeinsames Handeln gegen den Krieg in Europa zu befördern.

Dabei ist die Losung, unter der diese Konferenz steht von großer Bedeutung: „Gegen den Krieg – gegen sozialen Krieg“.

Unsere erste gemeinsame internationale Aufgabe konzentriert sich um die Frage, wie wir eine Kraft „gegen den Krieg“ schaffen können. So versuchen wir auf europäischer Ebene die Kräfte zu sammeln, die gemeinsam gegen den Krieg stehen, d.h. gegen die Waffenlieferungen der europäischen Regierungen an die Ukraine, sowie gegen die Sanktionspolitik gegen Russland, die besonders die Bevölkerung trifft. Dass die Sanktionen Russland ruinieren würden, wie Annalena Baerbock großspurig verkündet hat, ist illusorisch, aber, dass sie Deutschland ruinieren werden, immer realistischer. Die Sanktionen treffen zunächst die russische Bevölkerung und nicht die Oligarchen. Aber zugleich schaden sie der Bevölkerung weltweit und in Europa. Die erhöhten Energiekosten forcieren eine Deindustrialisierung. Die Sanktionen sind zugleich eine Waffe im Wirtschaftskrieg der USA gegen Europa und besonders Deutschland.

In den Parlamenten unserer Länder, aber auch auf europäischer Ebene ist es unglücklicherweise eine Minderheit, die sich gegen den Krieg stellt.

Doch weltweit ist eine überwältigende Mehrheit gegen diesen Krieg. Die Mehrheit der Länder unterstützt nicht die Politik der US-Regierung, der Nato und der europäischen Regierungen für Waffenlieferungen und Sanktionen. Die Mehrheit der Völker steht mit uns gegen den Krieg und die Waffenlieferungen.

Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland wünscht sich diplomatische Initiativen. Damit steigt das Bedürfnis, diese Forderung nach Frieden auf die Straße zu tragen. Das haben wir ja auch gesehen. Die wirkmächtigste Aktion war zweifel-

los die Kundgebung von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer am Brandenburger Tor.

Es ist wichtig, dass wir in Europa gegen die einseitige Propaganda, die überall eingesetzt wird, eine Alternative entwickeln.

Die US-Kriegswirtschaft braucht diesen Krieg für ihr Überleben. Es geht ihnen in diesem Krieg um Märkte, Rohstoffe und die Erschließungen neuer Profitquellen. Ähnlich wie in Europa gibt es die Kriegsgewinnler, die ihren Profit aus dem Tod der Menschen ziehen.

Zugleich werden mit der forcierten Aufrüstung die öffentlichen Haushalte zerrüttet.

Es sind die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, denen die Kosten des Krieges aufgebürdet werden. Dazu entfesselt die Regierung einen sozialen Krieg gegen die arbeitende Bevölkerung. Umso wichtiger ist es, dass wir solidarisch an der Seite der Streikenden stehen, die mit ihren Kämpfen ihren

Reallohn und ihre Arbeitsplätze verteidigen. Sie verteidigen damit auch die sozialstaatlichen Errungenschaften.

Lasst mich am Schluss zu einer persönlichen Anmerkung kommen. Ich selbst, der ich ukrainische Wurzeln habe, sage, die wichtigste Solidarität mit den Menschen in der Ukraine, mit dem Volk in der Ukraine, ist die Unterstützung von Initiativen, Resolutionen, die über den Krieg und die Krise informieren und dafür eintreten, dass dieser Krieg sofort beendet wird. Dafür sind sofort Verhandlungen notwendig.

Wir brauchen den sofortigen Waffenstillstand.

Heute! Das ist die wirkliche Solidarität mit dem ukrainischen Volk.

Unglücklicherweise ergreifen die Europäische Union, die europäischen Regierungen und die Nato keinerlei Initiative in diesem Sinne.

Initiativen, weitere Waffen zu schicken, haben nichts mit Solidarität zu tun, nicht mit Solidarität mit dem ukrainischen Volk.

Ich bedanke mich für diese wichtige Konferenz, für Euer Engagement in allen Ländern, eure Arbeit und Einladung und bin überzeugt, dass eine breite Kraft entstehen wird, die den Kriegstreibern in allen Ländern in den Arm fällt.

**„Es sind die Arbeitnehmer, denen die Kosten des Krieges aufgebürdet werden. Dazu entfesselt die Regierung einen sozialen Krieg...“**

## Beitrag von Werner Rügemer

**Dr. Werner Rügemer hat für die Europäische Konferenz am 8. Juli einen Beitrag zur deutschen Armutsrente zur Verfügung gestellt, in dem er zu der Schlussfolgerung kommt:**

*„Die Bundesregierung und die Kapital-Lobby verdecken mit der Aufrüstung und der Deindustrialisierung wegen des Ukraine-Kriegs sowie mit dem Hype um e-Mobilität und Umwelt alle Fragen der Arbeit und des Sozialen.*

*Deshalb gehören zum Kampf gegen Waffenlieferungen*

*und Aufrüstung, für Demokratie und Frieden auch ganz elementar die Kämpfe für die Infrastruktur der Gesundheit, Bildung, Ausbildung und eben auch für höhere Löhne und für armutsfeste, menschenwürdige Renten, gerade jetzt!*

*Die Zeitenwende, die Wehrhaftigkeit, die Nachhaltigkeit sehen ganz anders aus, Herr Bundeskanzler!“*

Der Artikel [„FAZ: Dummlich-akademischer Renten-Zynismus“](#) wurde auf den NachDenkSeiten am 19. Juni 2023 veröffentlicht. Weitere Artikel, auch zum Krieg in der Ukraine, auf [www.werner-ruegemer.de](http://www.werner-ruegemer.de).

# Videobotschaft von Ögmundur Jonasson

## 21 Jahre lang Vorsitzender der Konföderation der städtischen und staatlichen Angestellten, ehemaliger Abgeordneter, Island



Erlauben Sie mir, dass ich mich vorstelle: Mein Name ist Ögmundur Jónasson. Ich bin in Island geboren und aufgewachsen und habe hier den größten Teil meines Lebens verbracht.

Ich bedaure, dass ich heute nicht in Berlin an Ihrer Seite sein kann, aber im Geiste sind wir zusammen.

Ich meinte zu verstehen, dass eure Initiative, zu der ich aus ganzem Herzen ermutige und die ich unterstütze, besonders aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen ist.

Das sind auch meine Anfänge: Vor über 20 Jahren war ich Vorsitzender der Gewerkschaft der kommunalen und staatlichen Angestellten in Island und damals auch aktiv in der internationalen Arbeiterbewegung. Außerdem habe ich Erfahrung als Parlamentarier. Ich habe mehr als 20 Jahre als Abgeordneter im isländischen Parlament verbracht hat, davon einen Teil als Minister.

Ich kenne mich also aus in der Politik der Institutionen. Das nicht die Richtung, in der ich weitermachen will, weil ich eine neue Quelle für Inspirationen suche für eine neue Zielvorstellung. Oder sollte ich besser sagen, für eine erneuerte Vision, denn genau das ist es, was die Welt heute braucht. Ich orientiere mich vielmehr auf Initiativen oder Bewegungen wie eure, um ein neues Programm auszuarbeiten, das unsere Einheit herstellen kann, wie es in früheren Epochen der Fall war. Ich blicke auf die 60er, 70er oder 80er Jahre zurück, als die Anti-Kriegs-Bewegung extrem stark war, enorme Auswirkungen auf die Gesellschaft hatte, niemanden gleichgültig ließ und sogar die institutionelle Welt erschütterte.

Es gab Zeiten, in denen Stimmen laut waren, die die gleiche Botschaft wie unsere heutige überbrachten, eine Botschaft des Friedens, der Versöhnung und der Mäßigung. Und ich würde für euch gern jemanden zitieren, eine ziemlich ungewöhnliche Stimme aus den USA vom Anfang der 1950er Jahre. Ich werde später sagen, um wen es sich handelt – wie ich bereits sagte, es ist überraschend genug.

Seine Worte waren die folgenden: „Jedes Gewehr, das hergestellt wird, jedes Kriegsschiff, das in Dienst genommen wird, jede abgefeuerte Rakete, bedeutet letztlich, dass man die Hungernden bestiehlt und die Frierenden nicht ernährt und warm kleidet. Diese Welt der Aufrüstung verschwendet nur Geld, sie lässt ihre Arbeiter im Schweiß baden, sie vergeudet das Genie ihrer Wissenschaftler und die Hoffnungen ihrer Kinder: Die Kosten für ein modernes großes Bombenflugzeug sind die wie für solide Schulbauten in mehr als 30 Orten, für zwei moderne E-Kraftwerke für je eine Stadt mit 60.000 Einwohnern, für zwei vollständig ausgerüstete Krankenhäuser. Unterkünfte für mehr als 8.000 Menschen – das ist der Preis für einen einzigen Zerstörer.

Das kann nicht das wahre Leben sein, in keiner Hinsicht.“

Wer konnte das wohl in den USA Anfang der 1950er Jahre zu Recht sagen? Es war der damalige US-Präsident Dwight D. Eisenhower.

Und er sprach nicht ins Leere. Zu diesem Zeitpunkt führte er einen Krieg, einen persönlichen Krieg, einen Krieg, den er verloren hat. Sein Wille war es, den Industriekomplex aus den Klauen kapitalistischer Interessen herauszuhalten. Er wollte nicht, dass die Rüstungsindustrie privatisiert wird. Sie wurde es. Und er sprach später eine weitere Warnung aus: dass die Gesellschaft gegenüber den Gefahren des militärisch-industriellen Komplexes misstrauisch bleiben müsse. Da war es bereits zu spät und es war vergeblich: Denn wo stehen wir jetzt?

Der militär-industrielle Komplex herrscht über die Welt mit der Komplizenschaft der Interessen der Großkonzerne. Ihm ist es gelungen, die NATO-Mitgliedstaaten zu Figuren auf seinem Schachbrett zu reduzieren.

Vor 30 Jahren, als der Kalte Krieg zu Ende ging, dachten viele, dass sich auch die NATO irgendwann auflösen würde, aber das war reines Wunschdenken. Die NATO suchte verzweifelt nach einem neuen Ziel, einem neuen Grund für ihre Existenz. Sie fand ihn in Wladimir Putin, und die Rüstungsindustrie freute sich darüber.

Nun ist es unsere Aufgabe, der Welt und uns selbst diese einfachen Wahrheiten zu erklären, denn es handelt sich um einfache Wahrheiten: Eisenhower hatte Recht.

Eine Welt, die vom kapitalistischen militär-industriellen Komplex regiert wird, schwebt in großer Gefahr, sie ist eine tickende Zeitbombe, eine Bombe, die entschärft werden muss. Darauf müssen wir hinarbeiten und uns klar machen, dass wir es schaffen können und vor allem auch, dass wir es schaffen müssen, bevor es zu spät ist.

**Anmerkung: Ögmundur Jonasson hat seine Videobotschaft in englischer Sprache gehalten. Sie wurde auf der Europäischen Konferenz eingespielt und in fünf Sprachen simultan übersetzt.**

„Ein neues Programm entwickeln, das in der Lage ist, uns zu vereinen...“



Kopenhagen, 5. Februar 2023:  
Demonstration vor dem dänischen Parlament gegen den Kriegshaushalt





# Beitrag von François Livartowski

Gewerkschafter der CGT, Frankreich

Zunächst möchte ich betonen, dass die französische Gewerkschaftsbewegung seit Beginn des Krieges im Februar 2022 mit der Aufforderung unter Druck gesetzt wurde, sich der einseitigen Position für den „ukrainischen Widerstand“ unterzuordnen, ohne die geringste Frage nach dem Zustand der demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte in der Ukraine, ohne die Frage nach den Russen, die unter der Politik Putins leiden.

Der Druck, uns zu zwingen, dem Kurs der Unterstützung der Nato zu folgen, das heißt die Nato und ihre Mitglieder in das Lager der angeblichen Widerständler einzuordnen, also die Position Macrons und seiner Regierung zu begleiten, ist enorm.

Aber ich kann Euch versichern: trotz dem Druck des Staates, verstärkt durch alle führenden Medien – selbst bis in unsere Organisationen hinein – für eine Linie, die man als „atlantisch“ qualifizieren kann und die ein Lager gegen das andere ausspielen will, hat es innerhalb der Arbeiterbewegung in Frankreich sehr viele klare Stellungnahmen gegen den Krieg gegeben, und diese reflektieren, wie wir meinen, das Gefühl der großen Mehrheit.

Ich habe den Aufruf „Stopp dem Krieg“ unterschrieben, genauso wie Tausende Kolleg\*innen in Frankreich, besonders aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die CGT, deren Mitglied ich bin, schrieb letzten Monat in einem Aufruf ihres Vorstands – nachdem sie die 413 Milliarden Euro für das Gesetz zur Militärplanung zugunsten der Kriegswirtschaft scharf verurteilt hatte –, dass „die Bekämpfung der Kriegskultur in einem Land wie Frankreich, eines der größten Waffenlieferanten, ein Stützpunkt für die ganze Welt“ sei. Mehrere Gruppierungen in den Départements und Föderationen, darunter auch meine, haben sich für eine sofortige Feuereinstellung ausgesprochen.

Ähnliche Resolutionen wurden bei den Gewerkschaften der Force ouvrière (FO) angenommen, und wir können uns darüber nur freuen.

Die Gewerkschaft der GCT im Gesundheitswesen hat die Frage gestellt:

**„413 Milliarden  
für den Krieg.  
Wie vielen  
Tausend Betten in  
Krankenhäusern  
entspricht das?“**

413 Milliarden, wieviel Tausende Beschäftigte im sozialen und Gesundheitsdienst könnte man damit finanzieren, wieviel Tausende Betten und Plätze in den Krankenhäusern?

Bei seinem Auftritt in Marseille kündigte Macron vor zwei Wochen den Neubau eines Mega-Militärkrankenhauses an, das in der Lage sei, die Verletzten eines zukünftigen sehr gewaltigen Krieges zu versorgen, während er gleichzeitig die Zerstörung des öffentlichen Gesundheitssystems im Profitinteresse privater Konzerne vorantreibt, die sich an dem sehr lukrativen Markt der Gesundheitsversorgung bereichern – so wie andere am sehr lukrativen Waffenmarkt.

Man kündigt uns also bereits einen gewaltigen Krieg an.

Es gibt offenbar eine Verbindung zwischen der Kriegswirtschaft und der Zerstörung, dem Abbau des öffentlichen Dienstes und der Gewerkschaftsrechte.

Ihre Kriegswirtschaft bedeutet zusätzliche Belastungen für alle öffentlichen Haushalte.

Sie führt zu einem brutalen sozialen Krieg gegen die ganze Arbeiterschaft. Die LPM (das oben genannte Gesetz) von dem wir gesprochen haben, geht sogar so weit, dass es die Möglichkeit von massiven Requirierungen durch eine simple Entscheidung des Präsidenten erlaubt.

In ihrem konföderalen Forderungskatalog bekräftigt die CGT, dass sie den Frieden unterstützt, dass sie „per definitionem eine wie auch immer geartete Kriegslogik ablehnt“ und sich für „die Entwaffnung und die Auflösung aller Militärbündnisse, vor allem der Nato“ ausspricht „und als erstem Schritt dahin für den Austritt Frankreichs aus diesem bewaffneten Arm des westlichen Kapitalismus“.

Dieser Einschätzung ist nichts hinzuzufügen und genau darin liegt die Verantwortung und die Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung.

Der Rahmen eines von den Veranstaltern dieser Konferenz vorgeschlagenen Verbindungskomitees wird uns erlauben, noch viel mehr Menschen zu überzeugen und voranzuschreiten.



Lyon, 15. Juni 2023. Versammlung „Stopp dem Krieg“: 150 Teilnehmer\*innen beschließen die Unterstützung der Europäischen Konferenz am 8. Juli

# Schlusswort von Carla Boulboullé

## Mitglied der Koordination für die Europäische Konferenz am 8. Juli 2023



„Wir haben keine Zeit“, hat ein Kollege gewarnt.

Sie treiben die Eskalierung dieses Kriegs immer weiter voran (durch die Lieferung von Streubomben durch die USA; durch den Plan der Aufnahme der Ukraine in die Nato) bis hin zur Gefahr eines Weltenbrands.

Alle Beiträge haben dokumentiert, dass diese militärische Gewaltspirale begleitet wird, von zunehmenden Unterdrückungsmaßnahmen gegen das eigene Volk, denn das verlangt die Verschärfung der Angriffe auf alle nach dem 2. Weltkrieg erkämpften sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung. Es ist die arbeitende Bevölkerung, die für Krieg und Krise zahlen soll. Wie z. B. aus Frankreich berichtet wurde, lassen sie der Jugend kein Recht auf eine Zukunft, auf Bildung, Ausbildung und Gesundheit – selbst kein Recht auf das Leben.

Nein zur Nato – Nein zu Putin!

Wie Rosa Luxemburg schon angesichts des bevorstehenden 1. Weltkriegs gesagt hat: Nur die Arbeitermassen können den Rüstungswahnsinn und die Kriegsorgie stoppen.

Uns alle hier auf dieser Konferenz vereint der Wille zum Kampf gegen diesen mörderischen militärischen und sozialen Krieg, den die Regierungen – unter dem Kommando der USA – entfesseln.

Damit wird aber diese Konferenz auch zu einem Auftrag an uns, uns zu vereinen und alles zu tun, um unsere Kämpfe gegen die kriegstreibenden Regierungen in jedem Land zu stärken und zu fördern. Und um die Frage aus der Einführung

von Gotthard Krupp aufzunehmen: Wie können wir der Arbeiterschaft, den Völkern helfen, sich für die Aktionen gegen den Krieg und gegen den sozialen Krieg ihrer Regierungen in jedem Land zu mobilisieren?

Der Vorschlag, die hier versammelten Widerstandskräfte auf europäischer Ebene zu vernetzen und ein Europäisches Verbindungskomitee „gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“ zu schaffen, ist in mehreren Beiträgen aufgenommen worden.

Wir sollten diesen Vorschlag dadurch konkretisieren, dass wir heute ein erstes Treffen von Vertretern der hier anwesenden Länder per Video im September vereinbaren!

Ein erster Schritt wird die Herausgabe der Dokumentation dieser Konferenz sein, die eine wertvolle Bereicherung für die weitere Diskussion darstellen kann.

Zu den vorgeschlagenen Aktivitäten gehört die Überlegung, einen europäischen Präsenz-Kongress „gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“ in Berlin Ende dieses Jahres oder Anfang 2024 vorzubereiten.

Zum Schluss:

Ich bitte Euch um die Zusendung aller Beiträge für die Dokumentation.

Unser besonderer Dank geht an die Übersetzer, die Kollegen der Technik und an die Naturfreunde, die zur Unterstützung der Konferenz den Raum zur Verfügung gestellt haben.

## Grußadressen und Stellungnahmen im Vorfeld der Online-Konferenz

Für die Europäische Konferenz am 8. Juli wurden dem Koordinierungskreis zahlreiche schriftliche Grußadressen und Stellungnahmen bereits vor der Online-Konferenz zugesandt, die auf der Webseite der Konferenz veröffentlicht wurden.

### Aus Deutschland:

- [Grußadresse des Anti-Kriegs-Forums Leipzig](#)
- [Grußadresse von Kolleg\\*innen des Gesundheitswesens in Berlin](#)
- [Grußadresse von Gewerkschaftern aus Köln](#)
- [Grußadresse einer Versammlung von Gewerkschaftskolleg\\*innen in Frankfurt/M. am 21. Juni 2023](#)
- [Grußwort der AG „Friedenserziehung und Friedenspolitik“ in der GEW Berlin](#)
- [Stellungnahme von Herbert Storn für die GEW-AG Krieg und Frieden Frankfurt/M.](#)
- [Grußadresse „Die Unbeugsamen“ NRW](#)
- [Grußadresse „aufstehen“ Spandau](#)
- [Grußadresse der Chile Freundschaftsgesellschaft „Salvador Allende“](#)

### Aus anderen europäischen Ländern:

- [Grußbotschaft von Jordi Salvador, Abgeordneter der ERC, Provinz Tarragona, Spanischer Staat](#)
- [Beitrag des Komitees für die Allianz der Arbeiter und Völker \(CATP\), Spanischer Staat](#)
- [Antwort aus der Schweiz auf die Einladung zur Europäischen Konferenz](#)
- [Grußadresse aus Portugal](#)

Die oben genannten Beiträge aus Spanien (CATP), der Schweiz und Portugal sind auch veröffentlicht in:

<https://gegendenkrieggegendensozialenkrieg.files.wordpress.com/2023/07/infoblatt-vor-viko-8.juli-22-06-2023-em.pdf>

# Dokumente

## Dokumentation

### zur Veranstaltung gegen den Krieg am 4. März 2023 in Berlin

Reden und Grußadressen aus 7 europäischen Ländern

32 Seiten, 3 Euro

Bestellungen über:

Gotthard Krupp, Postfach 120 364, 10593 Berlin

Fax: 030 / 3131662

E-Mail: GotthardKrupp@t-online.de

### Die Dokumentation im Internet:

<https://gegendenkrieggegendensozialenkrieg.files.wordpress.com/2023/07/veranstaltung-gegen-krieg-4-maerz2023-em-1.pdf>



## Unterschriftensammlung „Gewerkschafter sagen: Nein zum Krieg – Nein zum sozialen Krieg gegen den Sozialstaat“ (siehe Rückseite dieser Broschüre)

Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen haben die Veranstaltung gegen den Krieg am 4. März 2023 zum Anlass genommen, eine Unterschriftensammlung unter Gewerkschaftsmitgliedern und -verantwortlichen zu starten. Diese Unterschriftensammlung hat ein breites Echo gefunden. Weit mehr als 300 Kolleginnen und Kollegen haben sie unterzeichnet (siehe Faltblatt unter dem angegebenen Link).

Sie senden damit ein deutliches Signal an die kommenden Gewerkschaftstage von ver.di und IG Metall im Herbst 2023, sich für den sofortigen Waffenstillstand, gegen Sanktionen und Wirtschaftskrieg, für die Verteidigung des Reallohns und inflationssichere Tarifverträge, gegen eine neue Offensive der Kaputtsparpolitik gegen die Kommunen, Krankenhäuser und Schulen etc. zu positionieren und danach zu handeln.

### Die Unterschriftensammlung „Gewerkschafter sagen Nein ...“ im Internet mit der Liste der Unterzeichnenden:

<https://gegendenkrieggegendensozialenkrieg.files.wordpress.com/2023/07/aufwurf-gewerkschafter-gegen-krieg-17juli2023-faltblatt.pdf>

## Unterstützt den europäischen Aufruf „Stopp dem Krieg“

Der Aufruf vom Dezember 2022 wurde in 17 Ländern Europas und weltweit unterzeichnet.

»Der Krieg, der sich in Europa ausbreitet, hat bereits politische und wirtschaftliche Folgen in der ganzen Welt. Er stellt eine tödliche Gefahr für alle Völker Europas und die Völker aller Kontinente dar. (...)

In vielen europäischen Ländern zeigt sich in Demonstrationen für den Frieden, gegen den Krieg, der Widerstand der Völker des alten Europas – dem Ursprungsort von schon zwei Weltkriegen – gegen diesen Marsch in die Barbarei.

Wir schlagen Alarm: Diese Eskalation kann zu einer planetaren Katastrophe führen. Daran werden wir nicht mitwirken.

Wir rufen alle Arbeitnehmer\*innen und Aktivisten in Europa auf, ihre Kräfte zusammen zu schließen, um diese Todesspirale und das Abschlachten zu stoppen und sich für den Stopp des Krieges und einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen!«

### Der europäische Aufruf „Stopp dem Krieg“ im Internet:

<https://arbeitnehmerpolitik.wordpress.com/2022/12/15/europaischer-aufruf-stopp-dem-krieg/>

**Unterschriftensammlung**

**Gewerkschafter sagen: Nein zum Krieg – Nein zum sozialen Krieg gegen den Sozialstaat**

**„Wer soziale Gerechtigkeit will, muss den Frieden erkämpfen“**

Seit einem Jahr tobt ein grausamer Krieg in der Ukraine. Weder den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine noch die kriegsrische Eskalation durch die Nato, unter Führung der USA, haben die russischen, die ukrainischen, und auch nicht die deutschen Arbeitnehmer\*innen entschieden. Mit den Lieferungen immer schwererer Waffen und massiver Kriegsausrüstung durch die europäischen Regierungen und die USA droht die Gefahr weiterer Eskalation, bis hin zu einem neuen Weltkrieg.

Für das 100 Milliarden Euro Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung, inzwischen geht es um über 300 Milliarden Euro, und der Aufstockung der 2% des BIP des Rüstungshaushaltes auf 3% bis 2030 durch die Nato-Länder (für Deutschland ein zweistelliger Milliardenbetrag) soll die arbeitende Bevölkerung und Jugend einen hohen Preis bezahlen:

- Mit einer neuen Offensive der Kaputtsparpolitik gegen die Krankenhäuser: Lauterbachs „Reform“ heißt das Aus für über 1.000 Kliniken.
- Mit weiterem Reallohnverlust, so das „Angebot“ der öffentlichen Arbeitgeber, Regierungen, im Tarifkampf ÖD. Solidarität mit den für diese Forderungen streikenden Kolleg\*innen!
- Mit der Zersetzung des gesetzlichen Rentensystems: Als Aktienrenten werden unsere Renten zu Spekulationskapital an der Börse.
- Mit weiteren drastischen Einsparungen gegenüber den Schulen, wie es die Pläne der Kultusminister fordern.

**Deshalb treten wir als Gewerkschafter\*innen ein für**

- ⇒ Nein zu Hunderten Milliarden starken Kriegshaushalten, zu weiteren Aufrüstungsmilliarden!
- ⇒ Für die Verteidigung des Reallohns plus! Nein zu Lohnverzicht und Ausweitung prekärer Arbeit!
- ⇒ Milliarden für Krankenhäusern, Schulen, Kitas!
- ⇒ Nein zum Kaputtsparen der Kommunen! Nein zu weiteren Privatisierungen!
- ⇒ Allgemeiner Preisstopp!
- ⇒ Senkung der Höchstmieten! Für einen Mietenstopp, der bezahlbare Mieten erzwingt!

Wir sagen Nein zu einer Eskalation der Waffenlieferungen, die noch mehr Soldaten und Zivilisten töten, Städte und Dörfer zerstören und ihre Bewohner in die Flucht treiben wird.

**Waffenstillstand sofort!**

Wir sagen Nein zur Sanktionspolitik gegen Russland.

Nein zum Wirtschaftskrieg, was Deutschland mit der Deindustrialisierung bezahlt und welche die Existenz der kleinen und Handwerksbetriebe und Millionen mit dem sozialen Absturz bedroht.

**Ich unterstütze den Aufruf „Gewerkschafter sagen: Nein zum Krieg – Nein zum sozialen Krieg gegen den Sozialstaat“:**

**Name, Organisation/Funktion, Adresse oder E-Mail, Unterschrift, Spende**

- o Mit der Veröffentlichung meines Namens bin ich einverstanden.
- Die Angaben zu Organisation/Funktion dienen nur der Information.

**Kontakt:** Gotthard Krupp, GotthardKrupp@t-online.de, Fax 030 31 31 662, Knesebeckstr.98, 10623 Berlin  
Michael Altmann, Frankfurt, Michael.Altmann@gmx.net